

# BULLETIN

NUMMER 2 | Juni 2008



- \* 4 Referendum Steuergesetz – Steuergeschenke für Privilegierte \*
- \* 6 Bildung und Geschlecht – Das benachteiligte Geschlecht \*
- \* 12 EM und Hooligans – Fragwürdige Fichierung zum Schutze des Fussballkonsums \*
- \* 18 Nationalrat – Dem Süden einen Teil zurückgeben \*
- \* 20 U.S.A. – Goliath wankt \*

Inhaltsverzeichnis

- 2
- 3 Editorial**  
Wie viel Individualverkehr  
verträgt der Kanton Zug?
  - 4 Referendum Steuergesetz**  
Steuergeschenke für  
Privilegierte – Sparpakete für  
alle anderen
  - 6 Bildung und Geschlecht**  
Das benachteiligte Geschlecht
  - 8 Regierungsrat**  
Bodenständige Zukunft  
durch Kunst
  - 10 Grüne Kantonalparteien –  
Wallis**  
Entre le local et l'international
  - 12 EM und Hooligans**  
Fragwürdige Fichierung zum  
Schutze des Fussballkonsums
  - 13 Grünspecht**  
Ohne Moral ist jede Wirtschaft  
menschenfeindlich
  - 14 Kantonsrat**  
Strassenprojekte ohne Ende
  - 17 Zuger Jugendtreffpunkte**  
jobshop
  - 18 Nationalrat**  
**Entwicklungszusammenarbeit**  
Dem Süden einen Teil  
zurückgeben
  - 19 Nationalrat**  
**Personenfreizügigkeit**  
Die SVP hetzt gegen die Roma
  - 20 U.S.A.**  
Goliath wankt
  - 22 Stellungnahme**  
Alternative unterstützen  
Kontrolle der Verwaltung
  - 23 Grundrechte für alle**  
«Ohne uns geht nichts.»
  - 24 Serviceteil**  
Buch  
Frontal  
Kino  
Veranstaltungen  
Adressen  
Impressum

«Mission statement»

Das BULLETIN des alternativen Zug wird von folgenden Gruppen getragen: **Alternative Kanton Zug, Alternative Stadt Zug, Alternative Baar, Kritisches Forum Alternative Cham, Frische Brise Alternative Steinhausen, Gleis 3 Risch-Rotkreuz, Freie Wähler Menzingen, Forum Oberägeri.**

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und Umwelt

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei.

Redaktion und Herausgeberverein  
«Das Bulletin»

# Wie viel Individualverkehr verträgt der Kanton Zug?

Philipp Röllin, Kantonsrat Alternative Oberägeri | Bild Philipp Röllin

*Einleitend ein Zitat mit Fakten von Baudirektor Heinz Tännler aus der Kantonsratssitzung vom 8. Mai (zum Thema Umfahrungstunnel in Unterägeri): «Seit 1960 hat sich die Bevölkerung im Kanton Zug verdoppelt. Die Zahl der Arbeitsplätze hat sich verdreifacht und die Zahl der Motorfahrzeuge mehr als verachtfacht! Seit 1970 hat die Zahl der Motorfahrzeuge mit Zuger Nummernschilder – wir sprechen also nur vom Inhouse-Verkehr und nicht vom Pendlerverkehr – von 17'000 auf heute 80'000 erhöht. Der Bestand hat sich also mehr als vervierfacht und in der gleichen Zeit haben wir keinen Meter Strasse gebaut. Seit den frühen 70er-Jahren haben wir ein Kantonsstrassennetz, das rund 135 km misst. Hätte man 1970 alle Fahrzeuge Stosstange an Stosstange auf zwei Fahrbahnen aufgereiht, hätten wir eine Doppelkolonne von 38 km; heute hätten wir eine von 175 km, also 40 km länger als unser Kantonsstrassennetz. Und wenn wir auch noch über die Staufolgen für Umwelt und Fahrzeit sprechen, dann machen eben Umfahrungen sehr wohl Sinn ...»*

*Mit diesen Worten beschreibt Heinz Tännler eine 50-jährige Fehlentwicklung. Er nimmt diese als gottgegeben hin, und er behauptet sogar, dass in den letzten 40 Jahren keine neuen Strassenprojekte im Kanton Zug realisiert wurden.*

*Das stimmt so nicht. Nebst dem Autobahnbau, der besseren Erschliessung des Berges durch eine neue Lorzentobelbrücke wurden in den Gemeinden durch Erschliessungsstrassen in neue Quartiere Zehntausende von Quadratmetern mit Asphalt versiegelt, und auch was ober- und unterirdische Parkplätze anbelangt, ist die Zunahme von Verkehrsflächen eklatant.*

*Wenn man die von Heinz Tännler skizzierten Zahlen im Übrigen weiter hochrechnet, dann kommt irgendwann der Punkt, wo im Kanton Zug mehr Fahrzeuge immatrikuliert sind als Menschen leben... Die Frage stellt sich, ob das Sinn und Zweck einer zukunftsgerichteten Verkehrspolitik sein kann.*

*Es gäbe auch andere Rechnungen anzustellen. Leider finden sich solche Beispiele vorläufig nur in den Rechnungsbüchern von Primarschulen und nicht in den Köpfen der Strassenplaner.*

*Wie lang wäre die Kolonne denn, wenn zehn, zwanzig oder gar dreissig Prozent des Individualverkehrs auf den öffentlichen Verkehr umsteigen würde? Oder wie viele Quadratmeter Strasse braucht ein vollbesetzter Bus mit 100 Leuten im Vergleich zu 100 Pendlern, die alleine in ihrem Auto unterwegs sind?*

*Wichtig erscheint unserem obersten Strassenbauer einzig und allein, dass der Verkehr fliesst. Bewegung ist offenbar nur möglich, wenn mehr Strassen und damit immer mehr Verkehrsflächen zur Verfügung stehen.*

*Ob die Bewegungen auf diese Weise langfristige gerantiert sind und ob sie überhaupt Sinn machen – diese Frage wird gar nie gestellt. Die freie Wahl des Verkehrsmittels ist eine heilige Kuh. Der Genuss dieser Freiheit wird zwar im Stau stark beeinträchtigt, aber trotzdem setzt man weiterhin auf den Individualverkehr.*

*Mit den gigantischen Strassenbauprojekten, die im Kanton Zug in den nächsten Jahren geplant sind, ist eine Umkehr nicht in Sicht. Das oberste Prinzip ist einzig die ange-*



Philipp Röllin, Kantonsrat Alternative Oberägeri.

*liche Verflüssigung des Verkehrs mit zusätzlichen Strassen. Obwohl es kein Geheimnis ist, dass auch der bewegte Verkehr Schadstoffe produziert, in den höheren Tempobereichen sogar eher noch mehr, weil aus rein physikalischen Gründen der Luftwiderstand stark zunimmt sowie mehr Leistung auch mehr Treibstoffverbrauch nach sich zieht.*

*Trotz schwindenden Erdölreserven, Klimawandel, Belastung der Luft durch Feinstaub und Ozon führen uns die Bürgerlichen mit ihrer Verkehrspolitik nur noch tiefer in die Sackgasse.*

*Der Individualverkehr wird noch mehr zunehmen, die Umwelt noch mehr belastet, und es werden die letzten grünen Inseln zubetoniert. Eine alternative Sichtweise ist darum nötiger denn je. ■*

# Steuergeschenke für Privilegierte - Sparpakete für alle anderen

Stefan Gisler, Kantonsrat Alternative Kanton Zug | Bild engelvoelkers.ch

## 4 Vermögende, Aktionäre und Unternehmen sollen jährliche Steuergeschenke im Umfang von 50,4 Millionen Franken erhalten. Gleichzeitig spart der Kanton bei Behinderten, Umwelt, Renten, Lehrerbesoldung oder Prämienverbilligung. Das ist ungerecht!

2007 erzielte der Kanton Zug einen Rekordüberschuss: 244,2 Millionen Franken – davon 82 Millionen Abschreibungen. Rechtsbürgerliche sprechen von einem «strukturellen Überschuss», den es mittels Steuer-senkungen abzubauen gelte.

### Fiskalquotenfetischismus

Doch der «strukturelle Überschuss» ist nichts anderes als eine ideologische Verschleierung, um nach 2000 und 2006 erneut Steuergeschenke für die Reichsten durchzudrücken. Die Alternativen halten andere Standortfaktoren wie Bildung, bezahlbare Gesund-

heit, soziale Sicherheit, intakte Umwelt, genügend Grünflächen, geringe Verkehrsbelastung, günstige öffentliche Dienstleistungen, familiengerechte Infrastrukturen oder eine motivierte und gute Verwaltung für Wirtschaft sowie Gesellschaft für förderlicher als einen einseitigen Staats- und Fiskalquotenfetischismus. Zumal tiefe Quoten nicht einmal die wirtschaftliche Standortattraktivität garantieren. Länder mit weit höheren Fiskalquoten liegen laut dem WEF-Ranking vor der Schweiz. Der Kanton muss in echte Standortvorteile investieren und auch endlich seine Aufgaben zur Milderung der negativen Effekte des Wachstums wahrnehmen. Dafür braucht es auch die Steuergelder der Reichen.

### Mehrverkehr, Zubetonieren und Lebenskostenexplosion

Zugs Wachstum generiert enormen Mehrverkehr. Die Zuger Politik sekundiert diesen mit Strassenbauprojekten jenseits jeder wirtschaftlicher und verkehrspolitischer Vernunft. Das Wachstum generiert zudem eine Grünflächen verschlingende Zersiedelung. Die Zuger Politik sekundiert mit einem masslosen Richtplan mit Einzonungen wichtiger Naherholungsgebiete. Zug hat mit die höchsten Wohn- und Lebenskosten in der Schweiz für die normal verdienende Bevölkerung. Und was machen CVP, FDP und SVP? Sie bodigen die echte Förderung von günstigem Wohnraum mit Phrasen vom freien Markt und greifen in diesen mit einer einseitigen Steuerpolitik («Subvention» von Aktionären, Holdings etc.) selbst massiv ein. Aufgrund der einseitigen Steuerpo-

litik nimmt die Anzahl der in Zug ansässigen Unternehmen jährlich um mehr als tausend zu. Diese Firmen sowie deren Manager und Mitprofiteure (Anwälte, Treuhänder, Baufirmen etc.) können sich teure Büros und Wohnungen leisten und treiben so die Mietpreise in schwindelerregende Höhen. Dies trifft die Familien durch die so real erhöhten Lebenskosten am härtesten.

### Günstiger Wohnraum statt Steuergeschenken und scheinheiliger Politik

Die SVP gibt vor, für den «Bürger» bzw. den «kleinen Mann» zu politisieren. Die CVP setzt angeblich auf Familienfreundlichkeit. Die FDP behauptet, nur wenn es den Reichen gut gehe, ginge auch es der Bevölkerung gut.

Tatsächlich betreiben sie aber eine Politik gegen die Interessen des Kantons und seiner Bevölkerung, aber für die Gewinnmaximierung einer privilegierten Minderheit. 752 Millionen Franken sollen die reichen Personen und Firmen in den nächsten 15 Jahren mit der Steuergesetzrevision sparen.

Die Bevölkerung erhält nur die Brosamen. Der Mittelstand und die Familien werden gerade mal um 9,2 Millionen Franken jährlich entlastet. Wenig Verdienende gehen sogar leer aus.

Es mag durchaus sein, dass viele im Kantonsrat so gut situiert sind, dass sie selbst von diesen Steuer-senkungen profitieren. Oder vielleicht vertreten sie Steuersubjekte, die ein-niges Interesse an einer neuerlichen Steuerrevision haben. Doch immer mehr Zugerinnen und Zuger (und besonders Familien) haben nichts von der Revision.

Im Vergleich zu den exorbitanten Steuergeschenken ist die Regierung geradezu kleinkrämerisch bei der Förderung von bezahlbarem Wohnraum. In den nächsten 15 Jahren sollen gerade mal 26,7 Millionen Franken investiert werden. Dafür

### Das Referendum

**Referendumskomitee:** Alternative Kanton Zug, Sozialdemokratische Partei des Kantons Zug (SP), Angestelltenvereinigung Region Zug (AR Zug), Christlich-Soziale Partei Zug (CSP), Gewerkschaftsbund Kanton Zug (GBZ), Gewerkschaften Unia sowie vpod, Zuger MieterInnenverband.

**Unterschriften sammeln:** Hilf mit, Unterschriften zu sammeln! Melde Dich bei: Stefan Gisler, 077 433 29 79, stefangisler@bluewin.ch

**Referendumsbogen:** Den Bogen zum Ausdrucken, Unterschreiben und Zurücksenden (bis 22. Juli) findest Du auf [www.alternative-zug.ch](http://www.alternative-zug.ch) oder bestelle ihn per Mail bei [info@alternative-zug.ch](mailto:info@alternative-zug.ch)



Zugs Steuerpolitik: Wohnbauförderung für die mit dem hauseigenen Swimming-Pool.

kommen Sparprogramme bei Behinderten, bei der Umwelt, bei den Renten, bei der Lehrerbesoldung und bei der Prämienverbilligung (zusammen jährlich über 40 Millionen Franken, über 15 Jahre wären dies 600 Millionen Franken). Die Standardargumentation, Zugs Steuerpolitik fördere die Wirtschaft, die wiederum für die guten öffentlichen Leistungen aufkomme, ist so nicht mehr glaubwürdig. Die Sparprogramme für die Bevölkerung finanzieren die Steuersenkungen der Privilegierten.

#### Feudalstaat Schweiz

Hans Kissling, langjähriger Chef des Zürcher Amtes für Statistik, zeigt in seinem Buch «Reichtum ohne Leistung» auf, dass nirgends in der Welt so wenige so viel mehr besitzen als alle anderen. Und die Kluft wachse weiter. Tatsächlich zeigen auch andere Studien, dass in der Schweiz die Einkommens- und Vermögensschere – die Schere zwischen arm und reich – immer mehr aufgeht. Entgegen der Behauptungen der Bürgerlichen findet eine Umverteilung von unten nach oben statt. So erläutert

Professor Christian Keuschnigg von der HSG in einer Studie zuhanden des eidgenössischen Finanzdepartements, dass jede Wachstumsförderung über Steuersenkungen Reiche reicher und Arme ärmer macht. Es sei ein politischer Entscheid, ob man dies wolle. Zug ist leider eine Triebfeder des nationalen und internationalen Steuerdumpings, sorgt in Zug für Ungerechtigkeit und entzieht gleichzeitig anderen Kantonen und Ländern (überlebens)wichtiges Steuersubstrat.

In Zug besitzen 2 Prozent der Steuerzahler 60 Prozent des Vermögens. Umso absurder sind die geplanten Steuergeschenke bei der Vermögenssteuer primär für Millionäre. Doch bestimmen diese zusehends unsere Politik - so pumpen Milliärdäre der SVP Millionen in politische Kampagnen. Eine Amerikanisierung der Schweizer Demokratie!

Fazit: Eine nachhaltige Steuerpolitik sorgt für soziale Gerechtigkeit, faire Mieten, Umweltschutz, mehr Demokratie. Die Steuergesetzrevisi- on aber schadet Menschen und Umwelt – in Zug, in der Schweiz und in der Welt. ■

#### Wer profitiert von der Steuergesetz-Änderung?

##### 23,4 Millionen Franken für Unternehmen

Der Kanton Zug ist bei den Gewinnsteuern von Unternehmen national wie international Spitze. Selbst der Regierungsrat hat keine Notwendigkeit für eine Gewinnsteuersenkung geortet. Die Mehrheit der Zuger Einwohnergemeinden sind wegen der hohen Steuerausfälle gegen die Senkung der Unternehmenssteuern.

##### 19,8 Millionen Franken für Vermögende

Neu sollen Vermögen über 600'000 Franken nur noch mit

2 Promille Vermögenssteuer belastet werden, anstatt mit 2,5 Promille. Bei einem Vermögen von 10 Mio. Fr. können so 20% Steuern gespart werden. Im Vermögenssteuer-Bereich herrscht kein internationaler Wettbewerb, und unser Kanton ist schon heute der drittgünstigste Kanton für Millionäre.

##### 7,2 Millionen Franken für Aktionäre

Der Rabatt bei Beteiligungen und Gewinnen der Aktionäre wird von 30 % auf 50 % erhöht. Diese so genannte «Milderung der wirtschaftlichen Doppelbelastung» ist nicht nur potenziell verfassungswidrig. Sie bringt auch

der grossen Mehrheit der KMUs, also Metzgern, Gipsern, Frisören, Malern etc. rein gar nichts, weil diese gar keine Kapitalgesellschaften sind.

##### Brosamen für Familien

Mit der Erhöhung des Kinderabzugs, der Heraufsetzung des Freibetrags bei der Vermögenssteuer sowie der Erhöhung der Reineinkommensgrenze beim Mieterabzug werden Familien und der Mittelstand zwar um 9,2 Millionen entlastet. Doch diese Einsparungen werden durch die zu erwartenden höheren Lebenskosten mehr als zunichte gemacht. Unterer Mittelstand sowie wenig Verdienende profitieren nicht.

# Das benachteiligte Geschlecht

Marianne Aepli, Primarlehrperson\*, Menzingen | Bild Marianne Aepli

## 6 Die Schweizer Volksschule hat in ihrem Bildungsauftrag den Passus einer geschlechtergerechten Schule. Auf der Suche nach dieser Art Gerechtigkeit muss die Schule aus der Genderperspektive betrachtet werden, mit einem Blick auf Jungen- und Mädchenwelten. Eins vorneweg – Vor- und Nachteile gibt es für beide Geschlechter.

Kürzlich hat mir eine befreundete Lehrerin mitgeteilt, schwanger im sechsten Monat, sie werde ihr Kind bewusst geschlechtsneutral erziehen. Ich musste schmunzeln. Sie war sich bewusst, dass die Tatsache, ob ihr Kind ein Junge oder ein Mädchen sein wird, eine gewichtige Tatsache ist. Damit anerkennt sie, dass das Geschlecht einen Unterschied macht. Ihr Wunsch nach einer geschlechtsneutralen Erziehung wird nicht erfüllt werden können, da sie sich nicht auf einer einsamen Insel bewegt und Menschen auch mit einem neugeborenen Kind nicht bei einem wertemässigen Nullpunkt starten. Kinder werden bei ihrer Geburt in eine zweigeschlechtliche Gesellschaft aufgenommen, was einige einfache Beispiele zeigen: Es gibt keine eigentlichen Kleiderläden für Kinder, nur Jungen- und Mädchenabteilungen. Wer sich beim Spielzeugkauf beraten lässt, wird nach dem Alter des Kindes gefragt, dann nach dem Geschlecht. Wichtigste Information nach einer Geburt ist der Gesundheitszustand des Babys und das Geschlecht. Eltern ziehen ihren Jungen keine Röcke an.

### Palette an Möglichkeiten

Erwachsene Menschen kennen die gesellschaftlichen Normen. Sie bewegen sich innerhalb oder ausserhalb dieses Rahmens, leben mit ungeschriebenen Gesetzen und Abweichungen von diesen, und sie verfügen über eine Palette an Verhaltensmöglichkeiten. Kinder haben diese Möglichkeiten noch nicht, sie lernen sie erst kennen. Kinder im Primarschulalter befinden sich in einer Sozialisationsphase, wo die Gruppe und das erweiterte Um-

feld an Einfluss gewinnt. Das Kind baut Identität auf, die immer auch Geschlechtsidentität ist. Es weiss, dass es später eine Frau oder ein Mann werden wird. In dieser Entwicklungsphase orientieren sich Kinder stark an gleichgeschlechtlichen Gruppen. Sie möchten richtige Jungen und Mädchen sein, und sie möchten dazugehören. Sie suchen nach Merkmalen der Jungen- und Mädchenwelten, stets mit der Perspektive späterer Frauen- und Männerwelten. Zugehörigkeit und Abgrenzung ist wichtig. Mädchentypisches und Jungentypisches verstärkt sich, bis dieses in der Pubertät in ganz neuen Zusammenhängen wirksam wird. Schule und Unterricht ist nicht geschlechtsneutral, die Menschen darin sind es auch nicht. Um Vor- und Nachteile für einzelne Gruppen aufzuzeigen ist es unabdingbar, den Jungen- und Mädchengruppen Merkmale zuzuschreiben, im Bewusstsein, dass hier Geschlechterdifferenzen markiert werden, die nicht gesamtgesellschaftlich gelten. Diese Unterschiede sind jedoch aufgrund ihrer Häufigkeit und Wirksamkeit aktuell reale Gegebenheiten.

### Feminisierung der Schule

Kindergarten und Primarschule sind in Frauenhand, die Feminisierung dieser Stufen ist ein Fakt. Viele Kinder im Kanton Zug werden in ihrer Primarschulkarriere keinen Lehrer haben. Die Gründe dafür sind vielseitig und aus Gendersicht aufschlussreich. Dazu gibt es in der Schweiz Studien und Analysen, sowohl von der Schweizerischen Konferenz der Erziehungsdirektoren (EDK, Koordinationsstelle

für Bildungsforschung, 2006) als auch eine Publikation des Dachverbandes Schweizer Lehrerinnen und Lehrer (2004). Das schweizerische Netzwerk für schulische Bubenarbeit hat vor einigen Jahren das Projekt «Männer in die Unterstufe» lanciert. Der Frauenüberhang im Schulunterricht schafft kein pädagogisches Defizit, aber dennoch müssen aus Gendersicht mehr Männer die Schulstube bevölkern. Denn die Lehrperson nimmt, ob sie das will oder nicht, eine Vorbildfunktion ein, auch in geschlechtlicher Hinsicht. Daraus ergibt sich positiv, dass Kinder in der Schule viele Frauen in verantwortungsvoller Berufstätigkeit erleben. Umgekehrt wird ein Nachteil offensichtlich; vielen Kinder fehlt diese positive Wahrnehmung hinsichtlich unterrichtender Männer. Kommt die gesellschaftliche Tendenz zu abwesenden Vätern und Freizeitvätern hinzu, haben es Jungen schwer, ihre geschlechtliche Identität von realem Männeralltagsleben abzuleiten.

### Schwachstellen im Schulsystem

Wenn der häufig zitierte Kinderpsychologe Remo H. Largo meint, unsere Schule benachteilige die Buben, so ist das nachvollziehbar. Warum ist der Anteil der sonderpädagogisch betreuten Jungen massiv höher als jener der Mädchen? Warum verstärkt sich auch im Kanton Zug der Trend, dass mehr Mädchen als Jungen eine Matura machen? Wo sich eine Schere zwischen den Geschlechtern auftut, sind die Gründe dafür meist geschlechtsspezifisch. Dazu einige Beispiele: Kinder, die auffallen, werden eher sonderpädagogisch betreut als ruhige Kinder. Ein Junge, der einen Fehler macht oder auf eine Schwäche hingewiesen wird, gibt sich in seiner Geschlechtsgruppe eine Blösse. Diese Blösse muss er kompensieren, um den verlorenen Respekt seiner Kollegen zurückzuholen. Blödeln ist



Eine Schule mit Höhen und Tiefen: Das benachteiligte Geschlecht ist nicht auszumachen - aber systematische Benachteiligungen aufgrund von Geschlecht.

eine häufig angewandte Kompensationsmethode. Anders in der Mädchengruppe; Fehler und Schwächen führen nicht zu Gesichtsverlust. Verhaltensunauffällige Mädchen mit Lernschwierigkeiten werden dafür gern mal übersehen. Die aktuellen Schulformen bauen stark auf individuellem Unterricht, auf Eigenverantwortung, auf Selbstkompetenzen, auf Sozialkompetenzen. In diesen Bereichen sind die Mädchen nicht a priori besser, aber meistens in ihrer Entwicklung schneller. Das heisst, Mädchen können von Unterrichtsformen profitieren, wenn diese den Jungen noch schwer fallen. Und was einem Jungen schwer fällt, führt schnell zu Kompensationsverhalten. Mädchen werden in solchen Situationen häufig als Helfende eingesetzt, zuweilen auch auf Kosten eigener Lernmöglichkeiten. Beim Übertritt in die Oberstufe, ans Lang- oder Kurzzeitgymnasium macht sich ebenfalls eine Entwicklungsverzögerung bei den Jungen

bemerkbar. Dies schlägt sich in der Arbeitshaltung und im Lernverhalten, letztendlich auch in der Leistung nieder. Und der Übertritt heisst Promotion und Selektion. Zusätzlich sind die Leistungen in den sprachlichen Fächern stark gewichtet, was sich mit einer zukünftigen Promotionsnote für Französisch und Englisch am Ende der Primarschulzeit noch verstärken könnte. Und in diesen Fächern verfügen Mädchen über bessere Noten.

#### Unterwegs zur gendergerechten Schule

Die Kantonsschule Zug hat auf die Gewichtungen in der Notengebung insofern reagiert, als in einzelnen Bereichen naturwissenschaftliche Fächer wieder getrennt bewertet werden. Was bisher im Fächerpaket daherkam wurde auseinandergenommen, um eine Gleichwertigkeit von Sprache und Naturwissenschaften herzustellen. Die Pädagogische Hochschule Bern startet in

Zusammenarbeit mit der Uni Bern soeben eine zweijährige Studie «Faule Jungs und strebsame Mädchen? Zusammenhänge zwischen Geschlechterbildern und Leistungsunterschieden». Vielleicht zeigen sich dabei weitere zu analysierende Gender-Hindernisse am Lernort Schule. Ein Genderblick ermöglicht immer wieder das Auskorrigieren von systematischen Benachteiligungen. Dies ist der Auftrag einer gendergerechten Schule. ■

\*Dieser Artikel ist der zweite Beitrag einer Themenreihe zu «**Bildung und Geschlecht**». Die Autorin Marianne Aepli, Master of cultural&gender studies, arbeitet als Primarlehrerin in Menzingen sowie in der Aus- und Weiterbildung von Primarlehrpersonen in Zug und Luzern.

# Bodenständige Zukunft durch Kunst

Patrick Cotti, Regierungsrat Alternative Kanton Zug | Bild Adelina Odermatt

8



Musikalische Bildung ist Basis für eine umfassende Zukunft.

**Erhält Zug ein neues Kunsthaus? Wie soll sich der Musikunterricht in die öffentlichen Aufgaben einfügen? Erste Diskussionen dazu sind bereits im Gang. Regierungsrat Cotti freut sich auf den anstehenden Gedankenaustausch über die Kunst in der heutigen, unsrigen Gesellschaft.**

Der anfangs Jahr verstorbene Stadtzuger Architekt, Politiker, Kunstsammler und Mäzen Peter Kamm zitierte den emeritierten Germanistikprofessor Peter von Matt. Und so schrieb Kamm sinngemäss im diesjährigen Jahresbericht der Zuger Kunstgesellschaft, dass der Politik das Wissen um die spätere Zukunft nicht offen liege, sondern die Zukunft vielmehr durch die Auseinandersetzung mit dem Wissen um Kunst und Kunstschaffen angedacht werden muss.

Die Politik sei, genau gleich wie die Wirtschaft, abhängig von den Ergebnissen und Erkenntnissen des Kunstschaffens, mindestens vor dem Hintergrund der Bedeutungslosigkeit eines sinnentleerten Weltverständnisses ohne Auseinandersetzung mit Kunst und Kunstschaffen. Auch wenn wir uns

den Luxus leisten können, Kunstschaffen als sinnverbindende und -gebende Anleitung zum Leben zu erfahren, kommt dieser Auseinandersetzung nochmals viel tiefere Bedeutung zu, als wir uns zu ahnen erlauben.

Kunstschaffen ist handfest, bodenständig, zentriert: Es entsteht – egal welchen finanziellen Grund eine Gesellschaft hat (und Zugs monetäres Füllhorn ist überfüllt) – aus dem Moment, tiefer liegenden Schichten einer komplexen gesellschaftlichen Struktur und Verbindlichkeit heraus. Dieses Wissen der tiefen Verwurzelung unseres Selbstverständnisses im Kunstschaffen ist Kulturen, die nicht im gleichen Wohlstand schwimmen, oftmals deutlich näher (und ich denke da nicht primär an afrikanisches Kunstschaffen).

**Jahrhunderte altes Empfinden – gespielt durch Kinder**

Das oben erwähnte Zitat, welches ich nicht nochmals nachgelesen habe, der Spur nach im Kopf, war mir am Final des Schweizer Jugendmusikwettbewerbs in Hünenberg in diesem Frühjahr wieder zuvorderst. Im Moment, als die elfjährige Geigerin aus dem Welschland mit unbeweglicher Mine, mit Begleitung am Bösendorfer-Flügel, behände und innerlich unglaublich tief abgestützt – woher kam bloss dieses Erfahrungswissen? – einem Werk Erwachsener nachspielte auf eine Art und Weise, dass ich vor inniger Berührung nur noch flach atmete.

Was für ein altes Wissen, weit über die Zeit der Industrialisierung hinaus, jahrhundertlang immer wieder angesammeltes und bearbeitetes Empfinden kam aus dieser jungen Person zu uns?

**Freiwillige Musikschule obligatorisch anbieten**

Und gleichzeitig verstand ich die Eindringlichkeit der Haltung ver-



schiedener Kantonsrätinnen und -räte, die Forderung der Motion Wicky umzusetzen, Musikschulen als obligatorisch von der öffentlichen Hand zu leistendes Angebot gesetzlich festzuhalten. Dies dem langjährigen und deutlichen Bekenntnis aller Gemeinden und des Kantons, die Musikschulen freiwillig zu finanzieren, zum Trotz: Hier soll festgemacht werden, was ist. Musik ist Grundlage, musikalische Bildung Basis für eine umfassende Zukunft. Bestätigung dessen, was unterhalb der gesetzesformalen logischen Nachvollziehbarkeit eben als richtig und erfahrbar anerkannt wird.

Ich freue mich über den breiten Willen, gerade hier im finanziell gesättigten Kanton Zug, in der reichen Stadt, schon fast als anachronistisch anmutende Werte – im Rahmen der Musikschulmotion – festzumachen. Musikbildung, wird lauthals verkündet, ist zentral für die Entwicklung unserer Kinder. Und wenn für unsere Kinder, dann auch für uns, die wir auch einst Kinder waren.

### **Freundschaften und Sammlungen**

Peter Kamm erzählte mir in Gesprächen, die endlos zu mäandern schienen, wie Kunstsammeln entsteht, über konkrete Beziehungen, freundschaftliche Auseinandersetzung, Diskurse über Gott und die Welt und das vorliegende Butterbrot, das Bedürfnis, gemeinsam zu essen und trinken. Wie entstehen Übersetzungen literarischer Werke anders denn als in konkreter Bezugnahme zu dem, was die Übersetzende, der Übersetzer weiss und erfährt. Was kann ein Gestalter anderes gestalten als das, was in ihm anklingt, gerade hier, wo die Unmittelbarkeit Ursprung ist zu dem, was entsteht. Die Vernetzung und Neugestaltung in der Achse der Zeit, der Entwicklung.

Auch verstand Peter Kamm gera-

de sein Handwerk, die Architektur, als der Zeit zu unterwerfendes Schaffen: Seine Werke sind veränderbar, die Wände verschiebbar, die Nutzung der Veränderung unterworfen. Wenn ein neues Kunsthaus hier in Zug entstehen soll (die Trägerschaft sowie Stadt und Kanton konkretisieren ihre Vorstellungen zu einem Neubau am See), dann wird es nicht aus der Luft gegriffen hier entstehen, sondern im Kontext der Entwicklung, aus dem heraus es dort angelangt ist, wo es heute seine breiten Möglichkeiten gefunden hat. Wer bereit ist, die Notwendigkeit musikalischen Schaffens und musikalischer Ausbildung und Prägung zu sehen, ist auch bereit, die dem Kunstschaffen inne liegende Musikalität der Entstehungsprozesse zu verstehen. Den Kontext zu erkennen.

Vater Kamm hatte sich mit Wotruba angefreundet. Christine und Peter Kamm mit Roman Signer. Über Freundschaften sind Sammlungen entstanden. Über die Sammlungen neue Kontexte mit anderen Museen. Ungeachtet der wirtschaftlichen Entwicklung des Kantons und der Stadt, Nebenflüsse, aber wichtige.

### **Sehen, verstehen, begreifen**

Die Zerlegung der Farben, mit der sich James Turrell nach den Neoimpressionisten wieder heute auseinandersetzt (und unseren Bahnhof abends beleuchtet), die Bedeutung eines Werkes, in dem wir mitten drin stehen können (Olafur Eliasson) und das uns den Zugang zum Sehen – und damit zum Verstehen – neu eröffnet, steht hinter der Entwicklung zu einem neuen Kunsthaus.

Wer versteht, begreift das? Nicht alle. Und dennoch ist dies nicht elitär. Denn: Es gibt Kinder, die als Elfjährige klassische Werke spielen, in einer Art, die uns Erwachsenen durch deren Interpretation wieder verständlich werden.

### **Debatte um neues Zuger Kunsthaus**

Das neue Kunsthaus soll auf der Schützenmatte, am Platz der Turnhalle, entstehen. Die grosse Wiese wird belassen, den Basketballspielerinnen und -spielern soll ein neuer Platz, möglichst in der Nähe, z.B. beim Podium, geboten werden. Die Schwinger, die jahrelang in der Turnhalle trainieren, brauchen ebenfalls ein gutes neues Angebot. Private sollen sich am Neubau finanziell und ideell beteiligen.

Die Diskussion soll breit sein, denn hier wird Kunstschaffen anderen öffentlichen Interessen gegenüber gestellt. Auf diese Diskussion freue ich mich. Diese Diskussion wird nicht elitär sein. Hier wird es nämlich um sehr Bodenständiges gehen; darum, was Politik der Zukunft zu bieten hat, was Wirtschaft als Grundlage zu unserem Lebensverständnis versteht und welche Perspektiven die Bevölkerung sich offen halten oder eröffnen kann.

Der Kantonsrat ist bereit, Zürich und Luzern im kulturellen Lastenausgleich jährlich neu 2,2 Millionen Franken anstelle der bisherigen Million zu bezahlen – dies in Würdigung des Standortvorteils, das die grossen Kulturhäuser von Zürich und Luzern für Zug bieten.

Die Kulturförderung des Kantons gibt jährlich rund 8,2 Millionen (Budget 08, inkl. kultureller Lastenausgleich) aus. Von den sechs Millionen Franken, die für die Kultur im Kanton aufgewendet werden, geht gut eine Million Franken an alternative Kulturprojekte (inkl. Jugendkultur). Allerdings: Im Total der Kulturausgaben der Schweizer Kantone in der Höhe von 823 Mio Franken machen die zugerischen Kulturausgaben knapp 1 Prozent aus. Im schweizerischen Mittel betragen die kantonalen Ausgaben für Kultur 115 Franken pro Kopf, im Kanton Zug sind es gerade mal 73 Franken. Da läge doch noch einiges drin. ■

# Entre le local et l'international

Grégoire Raboud, Président der Grünen Wallis | Bilder Grüne Wallis

10

**Die Vorstösse der Grünen im Walliser Kantonsparlament pendeln regelmässig zwischen lokalen und internationalen Themen: die generelle Übereinkunft zu Handel und Dienstleistungen, Energie- und Steuerfragen, die unfairen WTO-Wettbewerbsbedingungen bei Agrarprodukten, das Wallis und die internationale Zusammenarbeit, die Schafe im Wallis, Ausbildung im Tourismusbereich.**

Le postulat «La déplétion du pétrole», déposé en décembre 2005, demandait au Conseil d'Etat de «consacrer des moyens conséquents aux économies d'énergie et aux sources d'énergie renouvelables», en argumentant que «l'investissement [était très rentable], surtout lorsque les prix du pétrole auront pris l'ascenseur». Le postulat «Le rôle de l'Etat dans la question énergétique», déposé en décembre 2006, a été accepté en juin 2007. Il demandait au Conseil d'Etat d'élaborer un rapport sur la question énergétique valaisanne informant sur les problèmes constatés au niveau des différents partenaires de la filière énergétique et les mesures étatiques envisageables pour répondre aux défis énergétiques actuels et futurs ...

- les services industriels sont au courant des demandes et des gaspillages d'énergie: l'Etat peut-il intervenir pour augmenter les exigences minimales?

- les clients individuels: l'Etat peut-il augmenter sa contribution pour des investissements dans les énergies renouvelables (par exemple, panneaux solaires thermiques)?

- les clients industriels: l'Etat a-t-il une politique de subvention énergétique qui tienne compte de la part énergétique dans la valeur du produit final (par exemple, l'usine Djéva à Monthey est sensible à la fluctuation du prix de l'énergie)?

- les architectes sont souvent les premiers conseillers des clients: L'Etat peut-il imposer des exigences concernant leur formation ou, à défaut, relever les critères minimaux énergétiques d'autorisation de construction?

- Les promoteurs possèdent une grande influence dans le choix architectural et énergétique de leurs bâtiments: l'Etat peut-il augmenter et les exigences et les mesures incitatives (subventions en fonction de l'efficacité énergétique du bâtiment et de la source d'énergie)?

- Les communes ont un rôle d'exemple et incitatif: l'Etat peut-il augmenter et les exigences et les mesures incitatives (subventions en fonction de l'efficacité énergétique du bâtiment et de la source d'énergie)?

Bien que ces postulats aient été acceptés, ils n'ont que peu été suivis d'effets puisque les crédits y relatifs ont été refusés au budget. Par contre, les partis bourgeois reprennent l'un ou l'autre élément de ces postulats sous d'autres formes.

## Für eine sozial- und umweltverträgliche Landwirtschaft

Le postulat «Diminuer la concurrence déloyale dans les produits agricoles», déposé en mai 2007 dans le cadre de l'Alliance de Gauche (PS-Verts-PCS), a été accepté en session de décembre 2007. Il demandait que l'Etat du Valais intervienne auprès de la Confédération pour:

- une intégration des normes sociales et environnementales dans les négociations auprès de l'OMC,
- une taxation écologique et sociale des produits importés (taxe sur le CO2),
- une valorisation des normes et standards écologiques et sociaux dans la politique agricole suisse,
- un contrôle strict de l'application uniforme et équitable des standards de production des distributeurs suisses,

- une promotion accentuée des produits de saison,

- un soutien accru aux producteurs en fonction du bilan écologique de leur produit.

Des Verts d'autres cantons avaient entrepris des interpellations similaires. La diffusion de cette information allait inciter d'autres Verts à en faire de même dans leurs cantons respectifs. C'est ainsi que des démarches ont été faites dans les cantons de Berne (03.12.04), Vaud (09.09.05), Jura (25.04.07), Valais (09.05.07), Fribourg (14.06.07) Neuchâtel (22.06.07) et Genève (25.09.07). Au niveau du Parlement national, deux démarches ont été faites, celle de Joseph Zisyadis (20.06.06) et celle d'Anne-Catherine Ménétrety (21.06.07). Cette dynamique a débouché sur la Plateforme pour une agriculture socialement équitable, coprésidée par Anne-Catherine Ménétrety et Noé Graff qui ont organisé une conférence de presse le 4 mars 2008 à Berne ainsi qu'un débat soulevant les questions fondamentales:

- Est-ce que la Suisse peut se permettre d'importer des denrées alimentaires produites dans des conditions sociales et environnementales inadmissibles?

- La production agricole suisse est-elle socialement durable?

- Quelles mesures doivent être envisagées?

## Das Wallis im Spiegel internationaler Solidarität

La motion «Le Valais et la coopération internationale», déposée en mars 2007, a été partiellement acceptée en décembre 2007. La motion rappelait que «la contribution [valaisanne] à la coopération au développement est légèrement supérieure à 0,01 % du budget de fonctionnement du Valais (canton et communes). La Confédération a atteint depuis 2004 l'objectif qu'elle s'était fixé au Sommet de Rio en 1992, à savoir consacrer 0,4 % de



Breites Interesse der Grünen Wallis ...



...für Windenergie.

son PIB à la coopération au développement.» Dans ce contexte, la motion demandait à l'Etat du Valais:

- d'élaborer un cadre légal concernant les projets d'aide et de coopération au développement,
- d'augmenter sa contribution à l'aide et à la coopération au développement,
- de collaborer avec la Fédération des ONG valaisannes de coopération (Valais Solidaire).

Le Conseil d'Etat répondait: «[Il] n'est favorable ni à l'élaboration d'un cadre légal, ni à l'augmentation de sa contribution à l'aide et à la coopération au développement. Une base légale entraînerait l'engagement de moyens supplémentaires, tant en termes de personnel que financier. Ceci n'est pas raisonnable au moment où la discussion sur le budget 2008 est en cours et, bien que le principe du double frein aux dépenses soit respecté, des économies supplémentaires sont exigées.» Le bouclage des comptes 2007 sur

un bénéfice appréciable permet non seulement d'effacer la dette nette par habitant mais d'avoir une fortune nette de 200.– Frs par habitant. Argumenter qu'augmenter la contribution du canton à l'aide au développement n'est pas raisonnable relève plus d'une attitude égoïste que de la charité chrétienne! Dans sa réponse, le Conseil d'Etat «accepte la motion uniquement sur la demande de collaboration avec la Fédération des ONG valaisannes de coopération, Valais Solidaire, et rejette les deux demandes d'élaborer une base légale et d'augmenter sa contribution à l'aide à la coopération et au développement.» Un petit pas positif.

#### **Verbesserte Ausbildung im Gastgewerbe**

Le postulat «Formation dans le domaine touristique», déposé en décembre 2007 soulève une question importante dans le domaine touristique, à savoir le niveau de formation des professionnels de la bran-

che. Le postulat rappelle que «La loi sur l'hébergement, la restauration et le commerce de détail de boissons alcoolisées est en vigueur depuis trois ans» et que «Le chapitre relatif à la formation a été fortement allégé, notamment sur la durée et le contenu, puisque les examens ne portent actuellement que «sur les connaissances élémentaires sur la tenue d'une exploitation.» Le postulat demande au Conseil d'Etat d'effectuer une étude sur les points suivants:

- état actuel de la qualité de la formation des personnes nouvellement diplômées,
- suivi de la formation continue ponctuelle et spécialisée,
- état du controlling et de l'assurance qualité,
- état du degré de formation des personnes ayant obtenu une reconnaissance de formation ou d'expérience professionnelle.

Les Verts valaisans s'engagent pour une formation de qualité, seule génératrice de valeur ajoutée. ■

# Fragwürdige Fichierung zum Schutze des Fussballkonsums

Patrick Gurtner, Jurist und leidenschaftlicher Fussball-Fan | Bild istockphoto.com

12

**Gewalt und Ausschreitungen tauchen seit gut einem Jahr immer häufiger in den Schlagzeilen zum Schweizer Fussball auf. Im folgenden Artikel soll die bundespolitische Reaktion darauf kritisch reflektiert werden.**

Seit dem Inkrafttreten des revidierten Bundesgesetzes über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS) am 1. Januar 2007 ist die Hooligan-Datenbank (HOOGAN) in Betrieb. Darin werden Personen erfasst, gegen die anlässlich einer Sportveranstaltung eine der aufgeführten polizeilichen Massnahmen (Rayonverbot, Meldeaufgabe, max. 24-stündiger Polizeigewahrsam, Ausreisebeschränkung) verfügt worden ist. Erfasst werden können auch Personen mit Stadionverbot, die die Veranstalter als Hausherren gegen Fussballfans erlassen.

Die Daten stehen der Polizei, den Zollbehörden und den Veranstaltern von Sportanlässen schweizweit zur Verfügung. Aktuell sind derzeit 101 Personen mit einem Rayonverbot und 217 mit einem Stadionverbot verzeichnet.

## Staatsrechtliches Stirnrunzeln

Mit dem BWIS im Allgemeinen und mit HOOGAN im Speziellen wird an rechtsstaatlichen Prinzipien gerüttelt, was bei zahlreichen Juristen ein staatsrechtliches Stirnrunzeln verursachte. Einerseits wird das Prinzip der Unschuldsvermutung aufgeweicht, werden Personen doch unter Umständen «auf blosser Verdachtsmomente hin» und nicht rechtsstaatlich adäquat erst nach einer rechtskräftigen Verurteilung in die Datenbank aufgenommen. Andererseits können diese Verdachtsmomente durch Privatpersonen (bspw. durch den Sicherheitsdienst) geäussert werden, die oft in Grundrechtsfragen schlecht oder gar nicht geschult sind.

HOOGAN wurde geschaffen, um «gefährliche» Personen registrieren, von Sportveranstaltungen fernhalten und so die Gewalt an

Sportveranstaltungen eliminieren zu können. Damit ein solches Vorgehen Erfolg zeitigt, müsste die Gewalt von klar bestimmbar Individuen ausgehen. Dass dem nicht (immer) so ist, leuchtet ein.

Es ist zum Beispiel an die Situation zu denken, in der eine Gruppe von einigermassen friedlichen Fans plötzlich auf eine andere aggressive Fangruppe oder die Polizei trifft. In derartigen Situationen reicht oft ein kleiner Funke, um Scharmützel oder gar Ausschreitungen zu provozieren.

Polizeiliche Festnahmen, die auf solche Situationen folgen, führen begriffstypisch dazu, dass auch Leute verhaftet und schliesslich in HOOGAN registriert werden, die weder gewalttätig waren, noch Hooligans sind. Akzentuiert wird diese Problematik durch eine tendenziöse Medienberichterstattung, die für eine reisserische Schlagzeile gerne mit unscharfen Begriffen operiert. Festgenommene werden darin erstaunlich schnell pauschal als Hooligans abgestempelt.

## Wirkung von HOOGAN

Es kann bezweifelt werden, ob HOOGAN den eigentlich beabsichtigten Zweck erfüllt. Was HOOGAN jedoch bewirkt, kann man jetzt schon absehen: Die Stadien werden sukzessive von rohen, unbequemen, schreienden Fussballangefressenen gesäubert und durch «brave» Fussballkonsumenten ersetzt. Diese Tendenz wird durch eine finanzielle Regulation unterstützt: Durch den Bau neuer, multifunktionaler Stadien können die Eintrittspreise sukzessive erhöht werden, so dass eingefleischte, aber wenig wohlhabende (unbequeme?) Fussballfans sich den Eintritt gar nicht mehr leisten können. Aggressive Konfrontationen verschwinden morphologisch aus den Stadien, werden aber in deren Umgebung fortgesetzt. Somit dient HOOGAN, pointiert formuliert, der Entfernung potentieller Störenfriede aus den Stadien, damit die Fussballkonsumenten ihr Geld in wohlgeordneter Atmosphäre ausgeben können. Die hohen Kosten in finanzieller und staatspolitischer Hinsicht werden somit durch den Nutzen von HOOGAN in keiner Art und Weise aufgewogen. ■

Weitere Infos: [www.fansicht.ch](http://www.fansicht.ch)



Leidenschaftliche Fans oder gewalttätige Hooligans?

# Ohne Moral ist jede Wirtschaft menschenfeindlich

Grünspecht – ein kritischer Vogel

**Wenn der Grünspecht über die Landschaft fliegt, so sieht er allerhand, was die Menschen produzieren. Viele Dinge, die das Leben erleichtern. Der Produkte-Phantasie sind kaum Grenzen gesetzt; man kann alles produzieren und verkaufen – auch Illusionen und Hirngespinnste. Ein Beispiel hat die Welt in den letzten Monaten miterlebt: Mit sogenannten «Finanzprodukten» haben geldgierige Banker ohne Moral Milliarden verlorcht.**

«Schuld hat die Hypothekenkrise in den USA.» Das war die Standardantwort der Banken auf die riesigen Verluste - wie wenn Kredite und Hypotheken von selbst entständen und wieder verschwänden. Man macht aus dem eigenen Verschulden ein Phänomen - und schon braucht es keine weitere Erklärung mehr. Schon ist man die Verantwortung los. Genau darum lohnt sich ein genauer Blick auf dieses verantwortungslose Handeln.

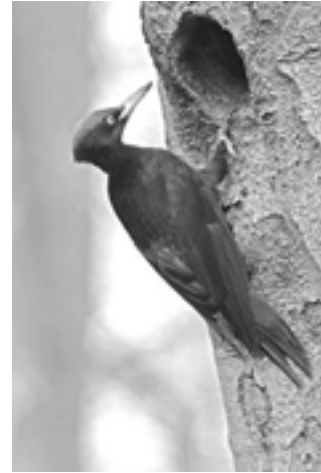
Ausgangspunkt der Krise sind ein paar Dinge und Haltungen, die eng mit dem neoliberalen Weltbild verknüpft sind. Gier, Egoismus, Konsum auf Pump, Besitz, schneller Reichtum, Glaube ans unbegrenzte Wachstum. Und so ist es abgelaufen: Die US-Wirtschaft boomt. Immobilienfirmen und Kreditinstitute finanzieren praktisch jeden Konsum- und Häuserwunsch (die klassische Prüfung der Bonität des Schuldners behindert das Business – also weg damit). Die Kreditabschlüsse werden in fantasievollen Finanzprodukten versteckt, umgelagert, umgeschichtet und neu zusammengesetzt - bis keiner mehr weiss, welche Risiken hinter diesen Konstrukten wirklich stecken. Die Banker verkaufen diese Anlagevehikel dem staunenden Publikum, das ob des «Geldesels» jede Vorsicht über Bord wirft. Aus einer simplen Hypothek, einer Bank-Kunden-Beziehung alter Schule, sind Finanzanlagen geworden, die niemand mehr durchschaut und für die letztlich auch niemand mehr die Verantwortung trägt. Das Geschäft läuft wie geschmiert: In-

vestment-Banker verdienen riesige Boni, die Gewinne der Banken explodieren.

## Private Gewinne – staatliche Verluste

Hinter den hoch bewerteten Finanzprodukten stehen Liegenschaften in den USA, die niemals diesem Gegenwert entsprechen. Und es stehen Schuldner dahinter, die bei der ersten Konjunkturabkühlung die Zinsen nicht mehr bezahlen können. Prompt platzt die Blase, an der ein paar Banker so grossartig verdient haben. Die Gewinne sind privatisiert worden. Die Verluste trägt jetzt die Allgemeinheit, auch in der Schweiz: Kleinanleger, Pensionskassen, die AHV-Kasse müssen massive Verluste hinnehmen, denn sie haben einen schönen Teil ihres Geldes in derartige Anlagen, respektive in Aktien von Banken und Versicherungen investiert. Verluste auch beim Staat; die massiven Abschreibungen der Grossbanken führen zu Steuerausfällen bei Bund, Kantonen und Gemeinden. Und nicht zuletzt verlieren im Rahmen von so genannten Kostensenkungsmassnahmen tausende Bankangestellte ihre Arbeitsplätze.

Viele kleine Firmen gehen Jahr für Jahr in Konkurs. Weil sie schlecht wirtschaften, weil ihre Produkte am Markt nicht mehr gefragt sind, weil ihr Management versagt, und so weiter. Eine richtige Grosspleite kann sich aber ein kleines Land wie die Schweiz nicht leisten: Nach dem Grounding der Swissair im Jahre 2001 pumpt die Allgemeinheit Milliarden Franken in die



Der Autor «Grünspecht» ist ein kritischer Vogel.

Nachfolgegesellschaft Swiss und bezahlte so für den Grössenwahn einiger Airline-Manager. Analog der Finanzsektor: Hier operieren die Schweizer Banken und Finanzinstitute als weltweite Player mit einer Art «Staatsgarantie»: Der Finanzplatz hat für die Schweiz mittlerweile eine derart grosse Bedeutung, dass sich unser Land eine Pleite einer Grossbank gar nicht mehr leisten könnte. Entsprechend haben die Nationalbanken, auch die Schweizerische, Milliardenzuschüsse ins System eingeschossen. UBS und CS sind für die kleine Schweiz mittlerweile «too big to fail». Kurz, die Allgemeinheit bezahlt letztlich für die geldgierigen Spiele einer kleinen Gruppe von Top-Bankern.

Die Fehlleistungen auf den Finanzmärkten sind nur ein Beispiel dafür, dass die neoliberale Ideologie letztlich keine Perspektive hat. Die rücksichtslose Ausbeutung der Natur und die globale Nahrungsmittel- und Hungerkrise – beide angetrieben durch weltweite Spekulationen einiger Profiteure zulasten der grossen Mehrheit der Menschen auf diesem Planeten – sind Beweis genug für die Aussage: Grenzenloses Gewinnstreben ist moralisch verwerflich. Das 21. Jahrhundert braucht darum eine neue Ethik in der globalen Wirtschaft. ■

# Strassenprojekte ohne Ende

Philipp Röllin, Kantonsrat Alternative Oberägeri, Mitglied der Tiefbaukommission  
Illustrationen Bulletin, Baudirektion Zug

## 14 Im Kanton Zug ist eine neue Dynamik im Tiefbau festzustellen, die an allen Ecken und Enden die Verkehrsflüsse neu ordnen möchte. Was bringt die Tangente Zug/Baar dem Berggebiet?

Nachdem während Jahrzehnten vor allem Planungsleichen produziert wurden, scheint nun in den nächsten Jahrzehnten mit den zahlreichen Bauprojekten eine Strassenbaueuphorie auszubrechen, die gemäss Befürwortern endlich den Sprung ins noch mobilere 21. Jahrhundert ermöglicht. Die Frage ist nur, wie die nächste und übernächste Generation den heutigen Strassenbauboom bewerten wird.

### Grüngürtel kaputt

Nach der Nordzufahrt, die sich im Bau befindet, und der vom Volk mit denkbar knappem Mehr angenommenen Umfahrung Cham-Hünenberg wird mit der Tangente Zug-Baar bereits wieder ein neues Projekt aufgelegt. Dabei ist bereits der Name Tangente eine Mogelpackung. Eigentlich werden die Gemeinden Zug und Baar durchschnitten, und das Projekt gleicht eher einer Sekante durch einen zusammenhängenden Grüngürtel. Damit die Bergregionen zustimmen und nicht völlig im zusätzlich generierten Mehrverkehr ersticken, forcieren die bürgerlichen Kräfte die Umfahrung Unterägeri und den Hirzeltunnel, die beide im Richtplan verankert werden. Obwohl sich bereits jetzt abzeichnet, dass beide Projekte innerhalb der nächsten 20 Jahre nicht zu realisieren sind, wollen die Strassenbauturbos von CVP, FDP und SVP konsequent die zunehmende Mobilität mit zusätzlichen Strassen bewältigen.

### Alles oder nichts

Neu dabei ist, dass alle Tiefbauprojekte nur noch in einstufigen Verfahren durchgezogen werden sollen. Dies soll den Frust verhindern, dass nur noch geplant, aber unter Um-

ständen nie gebaut werden kann. Und auch Etappierungen werden grundsätzlich nicht mehr in Erwägung gezogen. Die forsche Dynamik überfordert aber zum Teil die Strassenplaner selber. So wurden von der Baudirektion alle Sitzungen der kantonsrätlichen Tiefbaukommission zur «Sekanten» Zug/Baar, die eigentlich noch vor den Sommerferien stattgefunden hätten, überraschend abgesagt. Und dies, obwohl die Regierung die Vorlage am 26. Februar 2008 zu Händen des Kantonsrates bereits verabschiedet hat.

### «Falsche» Verkehrszahlen – keine Entlastungen

In der Begründung für das aussergewöhnliche Vorgehen verweist die Baudirektion darauf, dass die Vorlage unter anderem auf Verkehrsdaten fusst, deren Modellrechnungen aus dem Jahre 2006 stammen. Und da gibt es keine echten Entlastungen, schon gar nicht auf den Hauptachsen von Zug. Die Entlastung der Marktgasse in Baar wäre auch nur ein Tropfen auf den heissen Stein, denn es würden immer noch täglich 18'000 Autos zirkulieren. Im Sinne einer rollenden Überprüfung und Aktualisierung der Verkehrszahlen mit Vertretern der Stadt Zug und der Gemeinde Baar wird nun ein überarbeitetes und aktualisiertes Verkehrsmodell zur Anwendung kommen, welches die verkehrlichen Auswirkungen der Nordzufahrt und der Tangente Zug/Baar auf das übrige Kantons- und Gemeindestrassennetz aufzeigen soll. Leider stimmten die Verkehrsdaten der Vorlage des Regierungsrates nicht mit den im Entwurf vorliegenden Resultaten der Arbeitsgruppe überein... Wir sind gespannt, ob die geänderten Voraus-



Die Tangente Zug/Baar trennt Zug von Baar und zerstört ein Naherholungsgebiet.

setzungen und Grundannahmen für die neuen Modellrechnungen offen kommuniziert werden. Und es würde uns nicht wundern, wenn plötzlich für die Stadt Zug auch Entlastungen «errechnet» werden!

### Grosse Umwegfahrten

Was lehrt uns dieses Vorgehen? Offenbar ist das Handling von Verkehrsdaten nicht gerade einfach. Zahlen aus dem Jahre 2006 sind zwei Jahre später bereits überholt. Bei einer rollenden Planung stimmt morgen nicht mehr, was heute plausibel erscheint. Die Wachstumsdynamik im Bereich des Individualverkehrs überfordert die Verkehrsplaner. Und trotz noch so breit abgestützten Modellrechnungen entwickeln sich die Verkehrsströme auch in Zukunft immer noch so, dass ein Auto sich den Weg sucht, der am wenigsten Hindernisse und Stauzeiten verspricht. Der Individualverkehr (inkl. Schwerverkehr) zeigt sich sehr erfinderisch und kreativ, wenn es ums Zeitbudget geht. Zum Teil unterstützen die neuen Navigationshilfen solche Umwegfahrten zusätzlich.



Blick vom Kreisel Inwilerriedstrasse zum Kreisel Rigistrasse – auf diesem Abschnitt werden 2020 rund 17'000 Autos täglich erwartet!

### Mehrverkehr für den Berg

Gemäss Regierungsrat ist die Tangente Zug/Baar eines der dringlichen Strassenbauvorhaben des Kantons Zug. Sie bringt den Berggemeinden die Direktanbindung an die Autobahn und erschliesst die aufstrebenden Arbeitsplatzgebiete zwischen Zug und Baar. Was bringt die Tangente dem Berggebiet wirklich?

Im Bericht der Regierung wird von einem 25%-Wachstum für die Einwohnerinnen und Einwohner und die Beschäftigten im ganzen Kanton Zug (also auch für die Berggebiete) ausgegangen. Das heisst eine massive Verkehrszunahme für Menzingen und fürs Ägerital. Die neuen Strassen bringen für die Dörfer im Berggebiet also keine Entlastung. Er wird nur umverteilt. Es wird sogar zusätzlich Durchgangsverkehr generiert. Schon jetzt ist die Route über Menzingen eine beliebte Ausweichroute von der Zentral- in die Ostschweiz. Auch im Ägerital ist der Durchgangsverkehr aus dem Kanton Schwyz in den letzten Jahren markant angestiegen.

### Unterägeri: Verkehr hausgemacht

Selbstverständlich könnte man alle Dörfer der Berggemeinden untertunneln, wie es bekanntlich in Unterägeri geplant ist. Aber auch in Unterägeri gilt, dass der Grossteil des Verkehrsaufkommens Ziel- und Quellverkehr ist. Der Binnenverkehr wird sicher noch zunehmen, da momentan fleissig an Einkaufsmöglichkeiten (Migros und Chilematt) gebaut wird, die mit einer beachtlichen Anzahl Parkplätzen ausgestattet sind. Es wird also damit gerechnet, dass die Unterägerer mit dem Auto zum Einkaufen ins Dorf fahren – dazu brauchen sie aber keine Umfahrung. Wer das Dorf umfährt, geht nicht einkaufen. Nach Berechnungen werden in Unterägeri immer noch 8'000 Fahrzeuge durchs Dorf fahren, die andere Hälfte nimmt den Tunnel. Ein nicht gerade berauschender Effekt für 150 Millionen Franken...

### Eine Person pro Auto

Es ist eine Tatsache, dass ein grosser Teil des Verkehrs in unserem Kanton hausgemacht ist. So zeigen

unveröffentlichte Berechnungen, dass der grösste Teil der Autos aus dem Ägerital im Talacher die Arbeitsplatz-Zentren von Zug und Baar erreichen will. Nur ein kleiner Teil sucht den Weg auf die Autobahn. Diese Zahlen verschweigt die kantonale Vorlage wohlweislich. Und der Zugang auf die Autobahn über die Tangente macht für den Individualverkehr nur dann Sinn, wenn man Richtung Cham-Luzern fährt. Relevanter wäre für das Berggebiet eine Anbindung an die Grossagglomeration Zürich, denn ein ansehnlicher Teil der weiträumigen Pendlerfahrten vom Berg führt über Edlibach–Sihlbrugg.

Wobei sich natürlich die Frage stellt, ob solche Pendlerfahrten über so grosse Distanzen Sinn machen. Denn die durchschnittliche Belegung eines einzelnen Pendlerfahrzeugs beträgt nur zwischen 1,1 und 1,2 Personen. Hierin liegt ein grosses Reduktionspotenzial. Vor allem der Pendlerverkehr aus dem Ägerital muss mit attraktiven und verbesserten Busverbindungen verringert werden. Die Tangente Zug-



Diese Idylle wird zerstört – der Hof Grossacher.

Baar bringt dem öffentlichen Verkehr aber wenig bis gar nichts, das musste sogar die Regierung kürzlich zugeben. Was soll ein Bus auf der Autobahn?

#### Veraltete Strassenkonzepte

Es gäbe noch andere Anreize: grundsätzlich weniger mobil zu sein, Arbeits- und Wohnorte wieder enger zusammenzubringen, Fahrgemeinschaften bilden (Carsharing), mehr Velo fahren. Mit der Anbindung an eine Autobahn steigt der Siedlungsdruck in den Berggebieten. An den Wochenenden wird der Freizeitverkehr ebenfalls zunehmen. Man ist noch schneller im Naherholungsgebiet und die Überlastung der Ratenstrasse an schönen nebelfreien Tagen wird noch häufiger.

Grundsätzlich ist der Wunsch der Berggemeinden für einen möglichst guten Anschluss an die städtische Agglomeration zwar zu beachten, die Frage ist nur wie.

Können wir die individuelle Mobilität ständig steigern? Sind die Strassen-Rezepte aus den 60er- und 70er-Jahren heute noch gültig? Wenn wir an die Klimaerwärmung, an die Luftbelastungen und an den Lärm in den Dorfzentren denken, drängt sich eine Umkehr auf.

#### Mit Vollgas in die Sackgasse

Mit den gigantischen Strassenbauprojekten setzt man aber weiterhin auf mehr Verkehr und mehr Strassen und der Kanton Zug wird in abseh-

barer Zukunft im Verkehr ertrinken. Denn die Sichtweise des Zuger Baudirektors ist eine völlig andere (Zitat aus Kantonsratssitzung vom 8. Mai 2008, Votum zur Umfahrung Unterägeri): «Aber wenn wir die Schere zwischen Schiene und Strasse in den vergangenen 50 Jahren anschauen, dann hat sich diese eklatant geöffnet. Vor 50 Jahren war das Verhältnis 50:50, heute ist es 14% (Schiene) versus 84% (Strasse). Das ist auch ein Faktum! Auch beim Gütertransport ist es nicht anders. Wir haben jährlich 1'800 Neuimmatriculationen im Kanton Zug. Das können wir hochpotenzieren auf 10, 15 oder 20 Jahre. Dann können sie sich vorstellen, dass es einfach nicht mehr geht, keine Umfahrungsstrassen zu bauen.»

#### SVP, FDP und CVP halten an Fehlentwicklung fest

Im Klartext heisst das, dass man sich an der Fehlentwicklung der Vergangenheit orientiert und die Prioritäten klar beim Individualverkehr setzt. Die Frage, welche und wie viele Pendlerbewegungen aus ökologischer Sicht auf der beschränkten Fläche des Kantons Zug überhaupt möglich und sinnvoll sind, wird nicht gestellt, geschweige denn beantwortet. Vermeintliche Sachzwänge bestimmen die Verkehrspolitik und bezüglich der Bedeutung des öffentlichen Verkehrs wird höchstens moniert, dass die Kapazitäten auch da langsam erschöpft sind.

#### Rückzugsgefechte

Vollends grotesk zeigt sich die Prioritätensetzung bürgerlicher Verkehrspolitik auf einigen Nebenschauplätzen: Der Kampf gegen Bushaltestellen, die nicht mehr so gestaltet werden, dass der Individualverkehr einen wartenden Bus überholen kann (siehe Beispiel Zugerbergstrasse: Haltestelle Oberwiler Kirchweg) zeigt, wie verbissen die Debatte geführt wird. Weitere Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit sind: der Widerstand gegen verkehrsberuhigende Massnahmen (Tempo-30-Zonen) in gewissen Gemeinden, das Ringen um ein paar wenige Parkplätze, die verschwinden sollen und offenbar für das Überleben der Altstadt existentiell sind (Postplatzgestaltung in Zug), die Kritik gegen zu viele Fussgängerstreifen in städtischen Agglomerationen (Behinderung des Verkehrsflusses), usw. All das zeigt, dass die VertreterInnen des Individualverkehrs eine sehr grosse Lobby hinter sich, aber auch eine sehr eingeschränkte Sicht haben. Dieser «Windschutzscheiben-Optik» müssen wir Alternativen engagiert entgegentreten. ■

#### Fulminanter Start fürs Komitee Grüne Lunge Zug-Baar

In einem hoffnungslos überfüllten Saal im Restaurant Ebel in Inwil wurde am 31. März das Komitee «Grüne Lunge Zug-Baar» gegründet. Breit abgestützt und überparteilich hat es sich zum Ziel gesetzt, mit einem Referendum die Tangente Zug-Baar dorthin zu schicken, wo sie hingehört: in den Strassengraben.

Wer Mitglied werden will und/oder mithelfen will, meldet sich unter [info@gruenelunge.ch](mailto:info@gruenelunge.ch). [www.gruene-lunge.ch](http://www.gruene-lunge.ch) wird in diesen Tagen aufgeschaltet.



# jobshop

Alice Lang, Mitarbeiterin «jaz», Zug | Bilder «jaz»

**Seit gut 30 Jahren ist der Verein Zuger Jugendtreffpunkte (ZJT) für die offene Jugendarbeit in der Stadt Zug zuständig. Das Jugendkulturzentrum «i45», die Jugendbeiz «podium41» sowie die Jugendanimation Zug «jaz» werden vom ZJT geführt. Aufgrund der grossen Nachfrage nach Freizeitjobs bei Jugendlichen lancierte Alice Lang ein Projekt, das heute ein festes Angebot im Monatsprogramm der «jaz» im Lade für Soziokultur darstellt. «jobshop» ist ein Vermittlungsbüro für Freizeitjobs an 13- bis 16-Jährige aus der Region Zug.**

Diese Vermittlungsarbeit übernimmt ein Team, das ebenfalls aus 13- bis 16-Jährigen besteht. Dadurch sammeln sie erste Erfahrungen in der Berufswelt, üben sich in ihrer Selbst- und Sozialkompetenz und erfahren, was Teamarbeit heisst. Im nächsten Absatz berichtet Simon Baum (16 J.) über den «jobshop»-Alltag:

## Arbeit macht Spass

Wir, die fünf Mitarbeiter des «jobshop»-Büros, haben alle eine bestimmte Position. Dazu gehören Büroorganisation, Finanzbereich und Werbespezialisten. Eine Aufgabe haben wir aber alle gemeinsam. Wir alle vermitteln Freizeitjobs an Jugendliche zwischen 13 und 16, Jahren und das macht eine Menge Spass.

Es ist eine optimale Vorbereitung für das zukünftige Berufsleben. Man muss organisieren, planen und gut mit den Jungen kommunizieren können. Es arbeiten jeweils an einem Mittwochnachmittag zwei Jugendliche von 16 bis 18 Uhr. In den nächsten Zeilen stellen wir Ihnen einen typischen Ablauf in unserem «jobshop»-Büro vor. Wir, die beiden Verantwortlichen des Nachmittags, sind immer zehn Minuten vor der Ladenöffnung anwesend. Nachdem wir in das Büro eingetreten sind, begrüssen wir das «jaz»-Team. Danach beginnen wir, das Büro einzurichten. Währenddessen sind schon viele Jugendliche eingetroffen, die entweder einen neuen Job suchen oder ihr Geld eines erledigten Jobs verlangen. Wir haben immer etwas zu tun und

organisieren uns gut untereinander. Wenn mal keine Jugendliche warten, checken wir unsere E-Mail-Box nach neuen Aufträgen.

Die Aufträge sind sehr verschieden. Am meisten erhalten wir Aufträge im Bereich Zügel- und Putzarbeiten, die meistens zwischen ein bis zwei Stunden dauern. Bei grösseren Aufträgen ist Planungs- bzw. Organisationsbegabung gefragt. Bei Apéros zum Beispiel müssen wir zuerst eine Offerte schreiben, danach mit dem/der ArbeitgeberIn Kontakt aufnehmen und zum Schluss einen geeigneten Jugendlichen für diese Arbeit suchen. Es gibt immer etwas zu tun, grössere und kleinere Sachen.

Trotz aller Arbeit finden wir jedoch immer wieder Zeit für gute Unterhaltungen untereinander. Wir plaudern über die Schule, Kollegen, das Wochenende und andere span-

nende Dinge. Die Zeit geht meistens schneller vorbei als es einem lieb ist. Nach zwei Stunden ist Feierabend, und wir machen die Schlussabrechnung. Bevor wir das Büro verlassen, räumen wir unser Büro wieder auf und verabschieden uns vom «jaz»-Team und den anderen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen im «Lade für Soziokultur».

Unsere Zeit im «jobshop» geht langsam dem Ende zu, da wir alle diesen Sommer die offizielle Schulzeit beenden werden. Wir suchen schon eifrig nach NachfolgerInnen, damit das Vermittlungsbüro weiterhin so gut geführt werden kann, wie es bisher gelaufen ist. Interessierte schreiben eine Bewerbung und werden danach zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen. Wir hoffen also auf gute und vor allem tüchtige Nachfolgerinnen und Nachfolger, die Organisations- bzw. Planungstalent besitzen und gut kommunizieren können. ■

## Jugendanimation Zug

«jobshop»

Kirchenstrasse 7, 6300 Zug

041 761 54 34, jobshop@zjt.ch



Mit «jobshop» lernen die Jugendlichen in einem Team zu funktionieren.

# Dem Süden einen Teil zurückgeben

Josef Lang, Nationalrat Alternative Kanton Zug | Bild istockphoto.com

18

**In der Aussenpolitischen Kommission hatte Josef Lang erreicht, dass die Entwicklungshilfe bis 2012 auf 0,6 Prozent des Bruttonationaleinkommens erhöht wird. Hier ist sein Votum, das er am 9. Juni im Plenum hielt.**

Die heutige Debatte über die Entwicklungszusammenarbeit findet vor dem Hintergrund von zwei entgegengesetzten Phänomenen statt. Auf der einen Seite haben wir eine Pauschalkritik an der Entwicklungshilfe, die meistens mit dem anderen Negationismus verbunden ist: der Verdrängung der katastrophalen Folgen des Kolonialismus und des Sklavenhandels. Auf der anderen Seite haben wir ein Wiedererwachen der Drittweltbewegung. Ihr jüngster Ausdruck sind die gut 200'000 Unterschriften für die 0,7-Prozent-Petition.

## Kritik an der Pauschalkritik

Zur Pauschalkritik soll hier Folgendes festgehalten werden: Erstens war die Kritik der ersten Drittweltbewegung der 70er-Jahre, aus der ich selber komme, an der Entwicklungshilfe viel differenzierter, informierter und treffender als die der heutigen Pauschalkritiker. Zweitens kritisiert die Pauschalkritik ausgerechnet das nicht

an der heutigen Entwicklungshilfe, was am fragwürdigsten ist: Die Instrumentalisierung der Hilfe für macht-, wirtschafts- und militärpolitische Interessen, was zu einer Förderung der Korruption führt. Die Pauschalkritik hat ausgerechnet hier einen dunklen Fleck, weil es ihr letztlich um nichts anderes geht als um macht-, wirtschafts- und militärpolitische Interessen. Und um die Sonderinteressen der Multis, insbesondere der Agromultis und Grossbanken. Allerdings ist dem Deza zu Gute zu halten, dass sich seine Ausrichtung im Grossen und Ganzen an den Bedürfnissen der Armen orientiert.

Wenden wir uns ab von den Pauschalkritikern, bei denen es sich in aller Regel um ethikfreie Sozialdarwinisten handelt. Wenden wir uns jenen Personen zu, die es einen Skandal finden, dass weltweit eine Milliarde Menschen unter Hunger leiden. Dass jährlich gleich viele Kinder an den Folgen von Unterernährung sterben wie die Schweiz

Einwohner hat. Dass weltweit jährlich zehn Millionen Kinder sterben, bevor sie ihren fünften Geburtstag erreichen. Die 200'000 Schweizerinnen und Schweizer, die die Petition von Alliance Sud unterzeichnet haben, verlangen von ihrem Land, dass es sich für die Verwirklichung der Millenniumsziele der UNO verpflichtet.

## Schweiz im Hintertreffen

Für uns Grüne sind 0,7 Prozent bis ins Jahr 2015 ein Ziel, das nicht nur realistisch, sondern unbedingt zu realisieren ist. Es ist höchst erfreulich, dass die Aussenpolitische Kommission einer schrittweisen Erhöhung ab 2010 auf 0,5 Prozent, ab 2012 auf 0,6 Prozent und ab 2015 auf 0,7 Prozent zugestimmt hat. Wir bitten Sie dringend, diesen Anträgen zuzustimmen.

2006 gaben Frankreich und Österreich 0,47 Prozent, Belgien 0,5 Prozent, Grossbritannien und Irland 0,52 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit aus. Dänemark, Luxemburg, Norwegen, Schweden und die Niederlande wendeten zwischen 0,8 und einem Prozent auf. Alle 15 westeuropäischen EU-Staaten wollen bis 2015 ihre Hilfe auf 0,7 Prozent steigern. Nur die reiche Schweiz bleibt unter 0,4 Prozent.

Was Agro-Multis und Grossbanken dank ihrer Spekulationspolitik mit Nahrungsmitteln aus der Dritten Welt herausholen, entspricht mindestens den Erhöhungen, für die wir uns einsetzen. Eigentlich geht es in der ganzen Diskussion bloss darum, dass der Norden dem Süden einen etwas höheren Bruchteil dessen zurückgibt, was er ihm genommen hat und was er ihm weiterhin wegnimmt. Die Entwicklungshilfe, welche die Dritte Welt für die Erste Welt leistet, ist auch mit 0,7 Prozent immer noch höher als die Entwicklungshilfe, um die es in dieser Debatte geht. ■



Heute leiden weltweit rund eine Milliarde Menschen an Hunger.

# Die SVP hetzt gegen die Roma

Josef Lang, Nationalrat Alternative Kanton Zug | Bild istockphoto.com

## Die beiden SVP-Nationalräte Marcel Scherer und Lukas Reimann setzten den Tiefpunkt der Sommersession.

Die Sinti und Roma sind das andere Volk, das die Nazis auszurotten versuchten. 500'000 so genannte «Zigeuner» kamen in den Konzentrationslagern ums Leben, allein 150'00 bis 200'000 in Auschwitz. Etwa zwei Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs begann der Westen zu lernen, mit Respekt und Sorgfalt über Juden zu reden. Gegenüber den «Zigeunern» fehlt diese Sensibilität immer noch weitgehend.

### Reimann, die Roma und Ceausescu

Nachdem in der Debatte um die Personenfreizügigkeit vom 28. Mai eine Reihe von SVP-Rednern, unter anderem Christoph Mörgeli (ZH) und Walter Wobmann (SO), die Verknüpfung «Roma gleich Problem» (analog zu «Jude gleich Mammon») hergestellt hatten, kam der Sanktgaller Rechtsaussen Lukas Reimann zur Sache: «Ich hatte die Möglichkeit, mit einer Gruppe junger rumänischer Politiker zu reden, und ich habe sie gefragt: Was haltet ihr denn von dieser Personenfreizügigkeit mit der Schweiz? Sie haben mir gesagt: Macht das um Himmels willen nicht! Ihr kriegt die Sinti und Roma nicht in den Griff; schon Ceausescu bekam die nicht in den Griff.» Ich protestierte sofort gegen diesen Satz, in dem eine bedenkliche Nähe sowohl zum Faschismus als auch zum Stalinismus zum Ausdruck kommt.

Der bürgerliche Winterthurer «Landbote» schrieb über Reimanns Aussage: «Entlarvend für Reimanns Denken ist diese Formulierung allemal: Die Vorstellung von einer Regierung, deren Aufgabe es sei, ein Volk bzw. eine ethnische Minderheit ‚in den Griff zu kriegen‘, ist blanker Rassismus.» (31. Mai 2008) Reimann hat bisher im Nationalrat

keine grossen Stricke zerrissen. Seinen bislang auffälligsten Vorstoss reichte er am 11. März 2008 ein: «Niederlassungsbewilligung nur mit ausreichenden Sprachkenntnissen.» Reimann will nicht prioritär die Wirtschaft und den Staat, sondern die Migranten in die Pflicht nehmen.

### Scherer, die Roma und der Judenstempel

Mindestens so skandalös wie Reimanns Aussage war die Forderung von Marcel Scherer, für Roma spezielle Arbeitsverträge auszugestalten. Die Sonderbehandlung einer stigmatisierten Minderheit eines anderen Staates geschah das letzte Mal mit der durch die Schweiz vorgeschlagenen Einführung des Judenstempels für deutsche Staatsangehörige jüdischer Abstammung im Jahre 1938. Ich ging gleich nach Scherers Rede nach vorn und gab dort ziemlich aufgewühlt eine persönliche Erklärung ab. Darin bezeichnete ich die Aussage des Zuger SVP-Vertreters als «Ungeheuerlichkeit» und als «Wiederkehr des Judenstempels». Zusätzlich forderte ich

den Rat auf, die Diskussion über die Roma mit mehr Sorgfalt zu führen. Von Linken und Liberalen wurde mir dazu gratuliert, auf der Rechten herrschte eisiges Schweigen.

Abgesehen davon, dass die Hetze gegen die Roma rassistischen Charakter hat, gibt es keinen sachlichen Zusammenhang zwischen Personenfreizügigkeit und Roma. Seit 2004 besteht in der Schweiz für Staatsangehörige aus Rumänien keine Visumpflicht mehr. Auch Roma aus diesem Land können seither hier frei einreisen und bis zu drei Monaten bleiben. Mit der Ausweitung der Personenfreizügigkeit würde sich daran nichts ändern, denn diese gilt nur für Personen, die in der Schweiz einen Arbeitsvertrag vorweisen können.

Die Berner Zeitung «Der Bund» brachte am Samstag eine ganze Seite mit dem Titel «Die ‚Zigeunerpolitik‘ der Schweiz». Darauf zeigte er auf, wie diskriminierend auch der Schweizer Staat mit den Fahrenden umgegangen war. Ein besonders betrübliches Kapitel ist die «Aktion Kinder der Landstrasse», in der fahrenden Eltern im letzten Jahrhundert 600 Kinder weggenommen wurden. Solche Verbrechen sind nur möglich im Zeichen von SVP-Mentalitäten. ■

19



Roma und Sinti sind für Rechtsaussen Reimann ein «Problem, welches man nicht in den Griff kriegt.» Der Zuger Marcel Scherer fordert «spezielle Arbeitsverträge», was der Wiedereinführung des Judenstempels gefährlich nahe kommt.

# Goliath wankt

Martin Stuber, Redaktor BULLETIN | Illustration SIPRI Jahrbuch 2007

20

**Ein militärischer Spaziergang in den Irak, der gerade mal lumpige 60 Milliarden Dollar kosten sollte; direkter Zugriff auf die zweitgrössten Ölreserven der Welt; Öl, das zudem sehr leicht zu fördern ist und hohe Qualität hat; Kontrolle über eine Region, die zwei Drittel der weltweiten Ölreserven beherbergt – all das hätte die absolute Vormacht des US-Imperiums zementieren sollen.**

Fünf Jahre und über eine halbe Million tote Irakerinnen und Iraker später sieht alles ganz anders aus. Der Krieg in Afghanistan und im Irak kostet die U.S.A. wöchentlich 3.5 Mia Dollar, und ein Ende ist nicht absehbar. Um sich eine Vorstellung zu machen: Die US-Regierung gibt in einem Jahr 7 Mia Dollar für Massnahmen gegen die Klimaerwärmung aus – also zwei Wochen Krieg in Afghanistan und Irak.

## 1 Billion US-Dollar

Die seit Bush's Amtsantritt stetig vergrösserte US-Militärmaschine verschlingt heute alles in allem etwa 1 Billion Dollar im Jahr, wenn neben dem Budget des DoD (Department of Defense) alle anderen militärisch bedingten Ausgaben noch hinzugerechnet werden – z.B. die Kosten für die Kriegsveteranen. Der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz rechnet mit Gesamtkosten alleine

des Irakkrieges von gegen 5 Billionen Dollar (staatliche, finanzielle und soziale Kosten). Gemäss dem internationalen Stockholmer Friedensforschungsinstitut (SIPRI) ist die U.S.A. für fast die Hälfte aller

weltweiten Militärausgaben verantwortlich – stellt aber weniger als 5% der Weltbevölkerung (vgl. Tabelle). Für das fiscal year 2009 sieht die Bush-Regierung eine Steigerung des «baseline military budgets» um 7.5% auf 515 Mia Dollar vor. Davon sind 183 Mia für «strategische Modernisierung» vorgesehen. Zum Vergleich: China, das vom Pentagon implizit als strategische Bedrohung Nr. 1 bezeichnet wird, gibt für sein Militär rund 50 Mia \$ aus – weniger als ein Zehntel des U.S.-Budgets.



## Blutrünstiges Duo – Powell und Bush

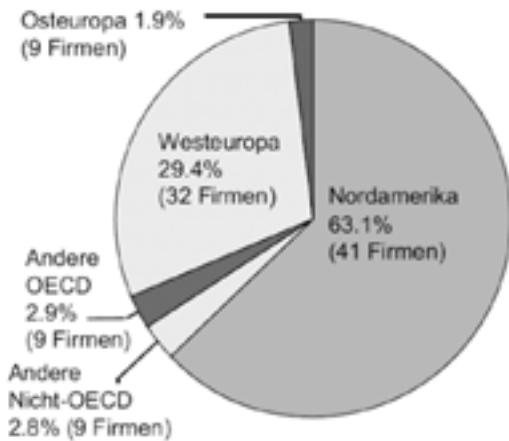
In seinen Memoiren «Wiser in Battle: A Soldier's Story» erzählt der ehemalige Kommandeur der US-Truppen im Irak Lieutenant General Ricardo Sanchez, auf den Seiten 349-350 die folgende Begebenheit:

Wir schreiben den 6. April 2004, ein gutes Jahr nach dem Überfall des Iraks durch US-Truppen. In einer Videokonferenz von Sanchez mit Colin Powell und Präsident Bush geht es um die sich in Gang befindliche erste massive Offensive gegen das Herz des sunnitischen Widerstandes – Fallujah

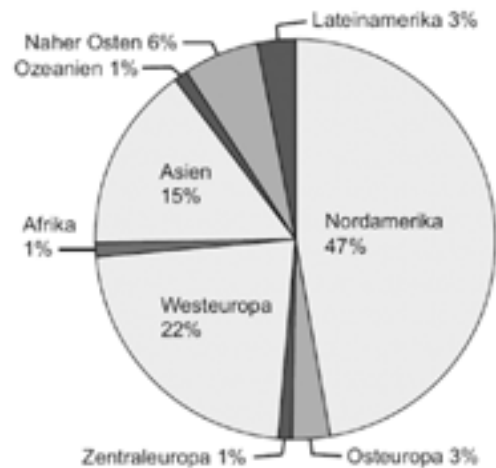
– sowie die Vorbereitung einer Offensive gegen die Mahdi-Armee des Klerikers Muqtada al-Sadr im schiitischen Süden des Landes. Colin Powell: «We've got to smash somebody's ass quickly. There has to be a total victory somewhere. We must have a brute demonstration of power.» Und tatsächlich, Ende April liegt ein Teil von Fallujah in Schutt und Asche, genauso wie im August die heilige schiitische Stadt Najaf. Nach den Präsidentschaftswahlen im November werden drei Viertel von Fallujah praktisch dem Erdboden gleich gemacht. In der gleichen Videokonferenz

sagt Bush über die Vorbereitung der Kampagne gegen al-Sadr: «Kick ass! If somebody tries to stop the march to democracy, we will seek them out and kill them! We must be tougher than hell! This Vietnam stuff, this is not even close. It is a mind-set. We can't send that message. It's an excuse to prepare us for withdrawal. There is a series of moments and this is one of them. Our will is being tested, but we are resolute. We have a better way. Stay strong! Stay the course! Kill them! Be confident! Prevail! We are going to wipe them out! We are not blinking!»

**Regionale Anteile an Waffenverkäufen, SIPRI Top 100**



**Anteile an den gesamten militärischen Ausgaben 2006, nach Weltregionen**



Die beiden Diagramme aus dem Jahrbuch 2007 des SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute) zeigen es: fast 70% der weltweiten Rüstungsausgaben bestreitet der «Westen», bei den Rüstungsverkäufen ist der Anteil noch höher. Diese Zahlen machen deutlich, wer den Weltfrieden wirklich bedroht.

**Wer bezahlt?**

Eine der perversen Seiten an dieser Geschichte ist, dass realökonomisch die U.S.A. diese gigantischen Militärausgaben in den letzten Jahren gar nicht selber bezahlt haben. Weil der Dollar die Weltwährung ist, kann die U.S.A. einfach Geld drucken, um die Haushaltsdefizite und die Zahlungsbilanzdefizite zu decken. Letzteres betrug in den vergangenen drei Jahren jeweils über 700 Mia \$ - mehr als 5% des GDP (Bruttoinlandprodukt). 2007 betrug das Zahlungsbilanzdefizit gegenüber China 250 Mia \$. Das ist der Grund dafür, dass China in den letzten Jahren einen Haufen von gegen 1500 Mia \$ akkumuliert hat. Ein guter Teil davon ist in den U.S.A. investiert und hat wegen des Zerfalls des Dollarkurses massiv an Wert verloren. Die Ölimporte trugen 2007

übrigens rund 380 Mia \$ zum Zahlungsbilanzdefizit der U.S.A. bei.

**US-Dollar zerfällt**

Unter Bush stieg der Wert der vom Ausland gehaltenen Staatsanleihen (Treasuries) zwischen 2001 und 2007 von einer Billion auf 2.3 Billionen Dollar. So wurde das Budgetdefizit vom Ausland finanziert. Das geht solange halbwegs gut, wie der Dollar die Weltwährung bleibt. Der Handel wird in Dollar abgewickelt, allem voran der Handel mit Öl. Dies zwingt alle Länder und international tätigen Firmen, Dollars zu halten, Dollars zu kaufen. Mit dem Zerfall des Dollarkurses im Gefolge der sich beschleunigenden Kreditkrise wächst nun der Druck, auf andere Währungen auszuweichen. Ein Beispiel: Weil der Fall des Dollars in den reichen Ölstaaten

am Golf, die ihre Währungen noch an den Dollar gebunden haben, zu grosser Inflation führt, wenden diese sich nun langsam ab vom Greenback.

Verliert aber der Dollar seinen Status als Weltwährung und reisst die Kreditkrise die U.S.A. in eine tiefe Rezession, stellt sich die Frage, wie Goliath seine Militärmaschinerie und damit sein Herrschaftsinstrument aufrecht erhalten will. Nur, indem er den Lebensstandard der US-Bevölkerung spürbar drückt. Die merkt langsam, was vor sich geht. In einer Umfrage sagten vor einigen Monaten 68% der Befragten, dass ein Rückzug aus dem Irak die wirtschaftliche Situation in den U.S.A. verbessern würde.

Der vollständige Rückzug aus dem Irak wird zur Gretchenfrage für den zukünftigen US-Präsidenten. ■

**Gehorsam des Bundesrates gegenüber der CIA**

Die grüne Fraktion im Bundeshaus beklagt in einem Communiqué zu Recht den servilen Gehorsam des Bundesrates in der Affäre um die Aktenvernichtung im Fall Tinner. Auszüge aus der Medienmitteilung: «Die Vernichtung der Tinner-Akten bedeutet eine krasse Verletzung der Gewaltenteilung. Der Bundesrat zerstörte vorschnell Akten eines hängigen Strafverfahrens, ohne über die Verfahrensherrschaft zu verfügen. Diese lag alleine bei der Bundesanwaltschaft, die ihrerseits ihre Unfähigkeit einmal mehr bewies, indem sie sich dem Bundesrat gesetzes- und verfassungswidrig

unterstellte. (...)

Die Grüne Fraktion schlägt die Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) vor. Nur über die Einsetzung einer PUK kann diese Affäre bewältigt werden. Nur eine PUK verfügt über das hierfür nötige griffige Instrumentarium einer selbständigen Untersuchung durch das Parlament und kann die nötigen Beweismittel sichten und Zeugen befragen. Nur eine rücksichtslose Aufklärung kann dem Bundesrat den aufrechten Gang gegenüber den USA beibringen.

Die Vernichtung der Tinner-Akten bestätigt das, was der Europaratsbeauftragte Dick Marty im

Zusammenhang mit den Folterflügen «servilen Gehorsam gegenüber den USA nannte. (...) Der jüngste Kniefall vor der einzigen Grossmacht, die weder die Menschenrechte noch das Völkerrecht respektiert, ist alles andere als ein Einzelfall. So hatten Schweizer Offiziere der CIA illegal Informationen über Bunkerpläne zugeschanzt, welche die USA im Irak-Feldzug benutzten. Weitere Beispiele sind das von den Grünen abgelehnte Terrorabkommen (OWA) oder die Erneuerung der Überflugbewilligung für US-Jets trotz den illegalen Folterflügen. Neutralität und Souveränität scheinen gegenüber den USA nicht zu gelten.»



# Alternative unterstützen Kontrolle der Verwaltung

Vorstand Alternative Kanton Zug

- 22 **Aufgrund der Aufdeckung von Unterlassungen im Amt für Straf- und Massnahmenvollzug wurde im Kantonsrat eine Motion eingereicht, die einen wirksameren Mechanismus zur Kontrolle der Verwaltung fordert. Die Alternative Kanton Zug unterstützt diese Motion. Der Vorstand der Alternative Kanton Zug hat in seiner Medienmitteilung vom 29. Mai 2008 folgendermassen dazu Stellung genommen:**

«Die Alternative Kanton Zug bedauert die grosse Zahl von verjährten Vollzugsfällen, die der für den Straf- und Massnahmenvollzug zuständige Chefbeamte des Kantons Zug nicht oder nicht korrekt bearbeitet hat. Nachdem der frühere Sicherheitsdirektor Hanspeter Uster im Jahr 2001 auf eine beträchtliche Zahl von Pendenzen aufmerksam wurde, reichte er gegen den Chefbeamten Strafanzeige ein. Der Gesamtregierungsrat beschloss im Jahr 2002 eine Lohnkürzung und wies ihm einen anderen Aufgabenbereich zu, verzichtete aber offenbar auf eine Entlassung. Zudem beauftragte Hanspeter Uster eine externe Fachperson, die gemeldeten Pendenzen aufzuarbeiten, was Ende Juni 2002 abgeschlossen wurde. Anfangs 2004 führte der damalige Sicherheitsdirektor ein Kontrollsystem mit einer detaillierten Geschäftskontroll-Liste ein, was er bei keinem seiner Chefbeamten je gemacht hat. Die quartalsweise erstellte Liste wurde von einer juristischen Mitarbeiterin der Sicherheitsdirektion geprüft; sie stellte im Sommer 2006 einen nicht plausiblen Eintrag fest. Auf Nachfrage stellte sich heraus, dass der Eintrag nicht mit dem Zustand des Dossiers übereinstimmte. Dadurch wurden die erneuten Verfehlungen aufgedeckt, und Hanspeter Uster leitete wiederum ein personalrechtliches Verfahren ein, machte erneut Strafanzeige und ergriff organisatorische Massnahmen zur Prüfung und Aufarbeitung der Fälle. Die Alternative Kanton Zug erachtet es als Fehler des Sicherheits-

direktors, dass er sich nicht vorstellen konnte, ein Chefbeamter könnte – nach all den getroffenen Massnahmen – das in ihn gesetzte Vertrauen nicht rechtfertigen, sei es bei der von ihm erstellten Pendenzenliste 2001, sei es im Frühling 2002 bei der Aufarbeitung der Fälle mit einem externen Fachmann, sei es beim Ausfüllen der Geschäftskontroll-Liste. Aus heutiger Sicht wäre, wie Sicherheitsdirektor Beat Villiger zu Recht feststellt, «nur ein noch strengeres Controlling, vor allem die Prüfung der Dossiers, erfolgreich gewesen».

Eine institutionalisierte Kontrolle über den Geschäftsgang und die Art und Weise der Aufgabenerledigung in der Zuger Verwaltung fehlt, wie die CVP in ihrer Motion vom 28. Mai 2008 richtig festhält. Die Alternative Kanton Zug unterstützt deshalb die Motion der CVP-Fraktion für die Einführung eines wirksamen Kontrollmechanismus über den Geschäftsgang der kantonalen Verwaltung. Insbesondere ist ein parlamentarisches Kontrollorgan im Sinne einer Geschäftsprüfungskommission zu schaffen. Was es auf Justizebene heute schon gibt (Inspektionen, Justizprüfungskommission), gibt es in der Verwaltung praktisch nicht, ausser im Finanzbereich (vom Regierungsrat unabhängige Finanzkontrolle, Stawiko). Die verschiedenen Stawiko-Delegationen, denen heute die Aufgabe der Geschäftsprüfung über die Direktionen zukommt, können diese Aufsicht schon aus Kapazitätsgründen nicht genügend wahrnehmen.» ■

# «Ohne uns geht nichts.»

Mirjam Brunner, Solidarité sans frontières | Bild Klaus Rozsa, photoscene.ch

**Eine gesamtschweizerische Aktionswoche vom 8.-14. September 2008 soll im Rahmen der «woche der migrantInnen» der Asyl- und Migrationsbewegung neuen Schwung geben. Solidarité sans frontières ruft alle im Migrations- und Asylbereich tätigen Organisationen und Personen auf, eigene Aktivitäten im Rahmen dieser Woche durchzuführen.**

«Von wem ist eigentlich die Rede, wenn von Ausländern gesprochen wird? Rechts-populistische Kreise wollen uns pauschal als Problem und Bedrohung sehen, Ausländer negativ definieren und so rassistische Diskurse salonfähig machen – das lassen wir uns nicht weiter gefallen! Wir wollen selbst sagen, wer wir sind, wie wir uns als MigrantInnen fühlen und uns nicht in ein Schema drängen lassen.» So äusserte sich ein Mitglied der Bewegung «Ohne uns geht nichts.» Tatsächlich: Zurzeit wird Migration bestenfalls als wirtschaftlich nützlicher Faktor gesehen, öfter dagegen als grosse Bedrohung für die Schweiz. Unsere geplante Aktionswoche soll dagegen MigrantInnen nicht nur als TeilnehmerInnen, sondern auch als GestalterInnen des gesellschaftlichen und kulturellen Lebens der Schweiz zeigen. Denn Migration ist nicht nur eine geschichtliche und zukünftige Realität, sondern auch eine für alle Völker und Menschen bereichernde Begegnung.

**Kampagne «Ohne uns geht nichts.»** Seit 2003 fördert Solidarité sans frontières mit der Kampagne «Ohne uns geht nichts.» die Vernetzung und das selbstbewusste Einfordern von Grundrechten für alle Menschen in der Schweiz. Über hundert Organisationen hatten damals ein gemeinsames Manifest unterzeichnet. Drei Grossdemos am Flüchtlingstag 2005 bis 2007 haben diesem Tag wieder ein politischeres Gesicht gegeben. An zwei Landsgemeinden der MigrantInnen trafen sich 2005 und 2007 VertreterInnen dutzender aktiver Gruppie-

rungen und Direktbetroffene und tauschten Erfahrungen aus. Es ging darum, die Grenzen innerhalb der Bewegung zu überwinden: Ob der Schwerpunkt des Engagements für Flüchtlinge, für Sans-Papiers oder für seit Jahren in der Schweiz arbeitende MigrantInnen ist - wir kämpfen alle für eine Gesellschaft, in der jeder Mensch einen würdigen Platz hat. Nur zusammen sind wir genug stark, um gegen die Angstmacher und Grundrechtsverächter anzukommen und in die Offensive zu treten.

## Breite der Bewegung sichtbar machen

Darum ist ein wichtiges Ziel dieser «woche der migrantInnen» auch, dass die verschiedenen aktiven Gruppierungen in der ganzen Schweiz sich für die Planung ihrer Aktionen an gesamtschweizerischen und regionalen Koordinationssitzungen austauschen und dadurch weitere Vernetzungen stattfinden. Nach aussen soll die

Breite unserer Bewegung sichtbar werden. Zur Wiedererkennung dient ein mehrsprachiges Logo der Aktionswoche.

Alles hat Platz: Von Theateraufführungen, Ausstellungen, Podiumsdiskussionen über Konzerte und Kundgebungen. Grenzen setzt einzig die Phantasie der Beteiligten. Auch wenn bereits lange geplante Veranstaltungen im Rahmen dieser Woche realisiert werden oder schon organisierte Projekte in den Veranstaltungskalender der Woche aufgenommen werden, trägt dies zu einer starken Aktionswoche bei. Solidarité sans frontières übernimmt die Koordination der «woche der migrantInnen». Unter [www.ohneuns.ch](http://www.ohneuns.ch) finden sich Listen mit Filmen und mit AutorInnen, die zu Lesungen, Referaten oder Diskussionen eingeladen werden können und natürlich der wachsende Veranstaltungskalender. ■

Schweizerische Koordinationssitzungen um 19.15h im Haus der Begegnung, Mittelstrasse 6a, Bern: 20. Juni, 22. August.  
Redaktionsschluss gedruckter Veranstaltungskalender: 8. Juli



«Ohne uns geht nichts.» am 1. Mai 2004 in Zürich.



24 **Büchermail**

Liebe Ulla und lieber Lorenz, mit Spannung haben wir jeweils eure Buchbesprechungen gelesen und das eine und andere Buch in einer Nacht «verschlungen». Für eure gelungenen «Verführungen», die Zeit, die ihr investiert habt, die vielen guten Ideen und das Näherbringen so mancher Literatur danken wir euch im Namen der Redaktion sowie aller Leserinnen und Leser.

*Die Redaktion*

Leichte Lektüre für das Reisegepäck (ca. 500 Gramm pro Buch) für Krimifans: Cleeves Ann:



**Der längste Tag**, Rowohlt-TB 355 Gramm Fr. 16.80, Nach «Nacht der Raben» nun der zweite Shetland-Krimi von Ann Cleeves in Deutsch. Nach dem Winter im ersten nun Mittsommer auf den Inseln. Viel Spannung, viel Atmosphäre mit Detective Jimmy Perez unterstützt durch die Künstlerin Fran Hunter.

Neuman Ronnith: **Tod auf Korfu**, List-TB 384 Gramm Fr. 16.90, Ronnith Neumann, Autorin aus Israel



schrieb einen packenden Krimi, der auf der griechischen Insel

Korfu spielt und der alles enthält, was Krimifans schätzen. Ermittler Alexandros Kasantzakis schafft es mit Hilfe der Polizeifotografin Kristina Tzavrou das Rätsel um den Tod eines mysteriösen Mediziners zu lösen.

Schreiber Ulrich C.: **Flucht der Ameisen**, Piper-TB 302 Gramm Fr. 16.90,



Nach Dirk C. Flecks Tahiti-Projekt ein weiterer Öko- oder Geo-Thriller eines deutschen

Autors. Das eigenartige Verhalten der Waldameisen macht den Geologen Gerhard Böhm erst neugierig und dann nervös. In diesem Buch erlebt man hautnah, was passieren kann, wenn ein Vulkan ausbricht.

Hickman Leo: **Fast nackt**, Piper-TB 264 Gramm Fr.



16.90, Kein erotischer, aber ein Abenteuer-Roman der besonderen Art. Der Untertitel des Buches lautet: Mein abenteuerlicher Versuch, ethisch korrekt zu leben. Die britische Variante mit Humor und gesundem Menschenverstand abstrakte Prinzipien zu leben. Sehr amüsant und durchaus anregend und lehrreich.



Das politische Sachbuch, keine leichte Lektüre und trotzdem nur bis 650 Gramm, also durchaus auch fürs Feriengepäck geeignet: Barber Benjamin R.: **Consumed**, C.H. Beck-Verlag 634 Gramm Fr. 43.70, Wie der Markt Kinder verführt, Erwachsene infantilisiert und die Demokratie untergräbt, so der Untertitel. Benjamin Barber ist einer der einflussreichsten Politikwissenschaftler der USA und hat mich mit seinem genauen und unbestechlichen Blick auf unsere Konsumwelt überrascht. Er hat das Buch seiner Tochter Nellie gewidmet und hofft, dass sie und viele ihrer Altersgenossen von innen heraus Widerstand gegen eine hyperkonsumtistische Gesellschaft zu leisten vermögen, weil sie den Willen und die Einsicht haben und die Sache sowieso durchschauen.



Weis/Spitzeck: **Der Geldkomplex**, St. Galler Beiträge zur Wirtschaftsethik 41 Haupt-Verlag 438 Gramm Fr. 44.–, Im Untertitel heisst es: Kritische Reflexion unseres Geldsystems und mögliche Zukunftsszenarien. Ja, es stimmt, der monetäre An-

alphabetismus ist weitverbreitet, und ich halte die Lektüre dieses Buch für absolut zwingend, um in den Diskurs über die Krise einzusteigen. Erstaunlich ist aber, dass sich viele kritische Laien schon seit längerer Zeit mit dem Thema Geldwirtschaft und was definitiv falsch läuft befassen, die professionellen Oekonomen aber bis jetzt nichts davon wissen wollten.

Und zum Schluss noch vier Hinweise auf Sachbücher, die soeben erschienen sind ...



Baer/Seitz: **Die Grünen in der Schweiz**. Ihre Politik, ihre Geschichte, ihre Basis, Rüegger-Verlag 252 Gramm Fr. 34.–

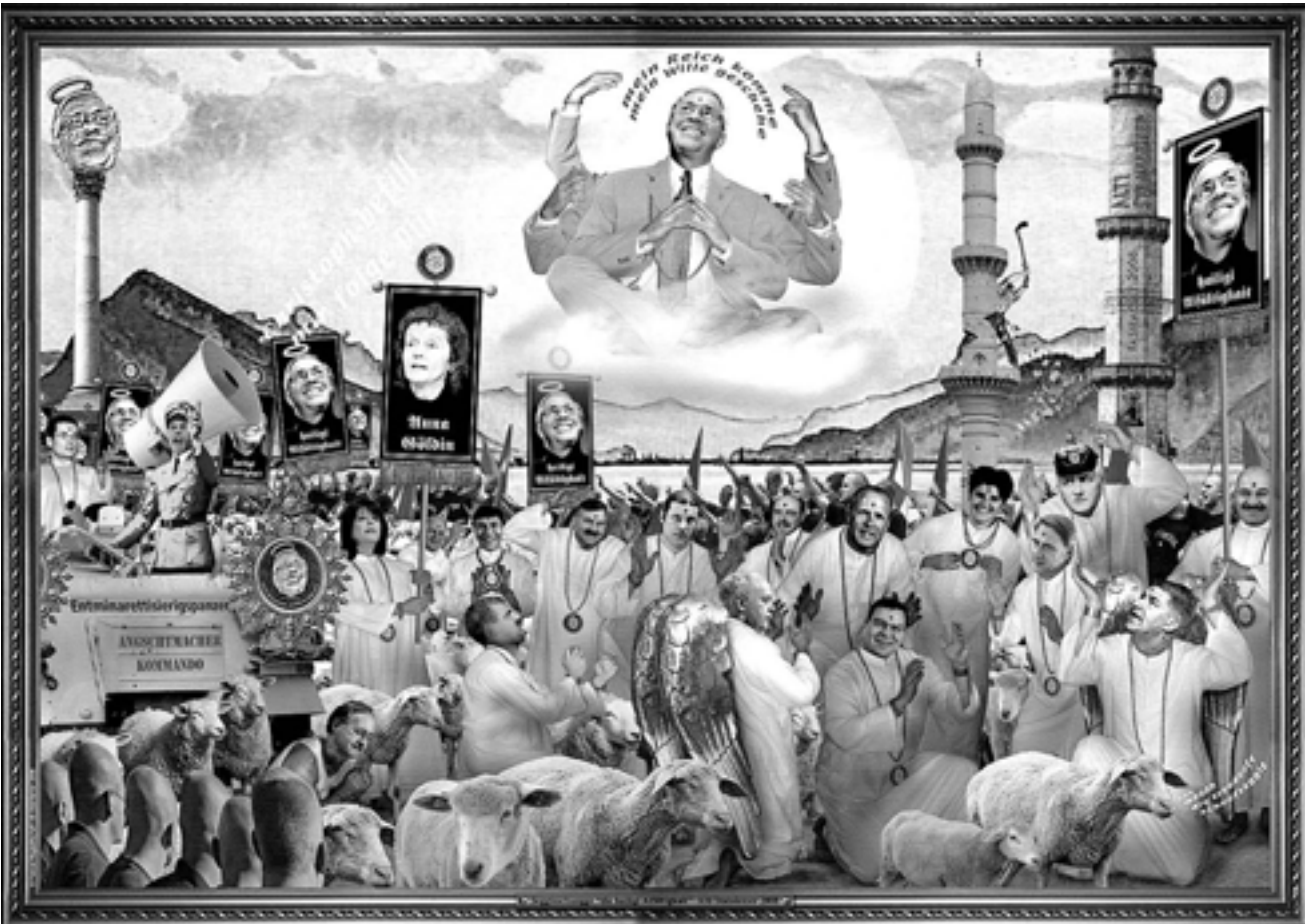
Bauhofer Bernhard: **Respekt. Wie man kriegt, was für kein Geld der Welt zu haben ist**, Salis-Verlag, (kann man nicht wiegen) Fr. 29.80

Kissling Hans: **Reichtum ohne Leistung**. Die Feudalisierung der Schweiz, Rüegger-Verlag (ohne Gewichtsangabe) Fr. 26.–

Ringger Beat: **Zukunft der Demokratie**. Die postkapitalistische Gesellschaft, Rotpunkt-Verlag (ohne Gewichtsangabe) Fr. 36.–

Ich wünsche allen einen schönen Sommer!  
*Susanne Giger*





Die Basler Fasnachtsclique «Alti Stainlemer» wusste mit ihrem Sujet schon im Februar, wie das rauskommt mit der SVP...

Fehlstart für die **Zuger Grünliberalen**: Während sie sich trotz anfänglich intensiver Kontakte zum Komitee «Grüne Lunge Zug-Baar» noch zu keiner Haltung gegenüber dem Megastrassenprojekt Tangente Zug-Baar durchringen konnten, irritierte ihre Ja-Parole zur SVP-Einbürgerungs-Initiative nur deshalb fast niemanden, weil diese in den Lokalmedien praktisch unterging. Dass diese Ja-Parole unter dem Druck der nationalen Parteileitung dann zu einer Stimmfreigabe geändert wurde, erfuhr nur, wer bei der Zuger GLP auf dem Internet vorbei surfte ...

Dass das GLP-Positionspapier zur Finanz- und Wirtschaftspolitik geradeso gut von der FDP stammen könnte, über-

raschte dann nicht mehr, denn die Zuger FDP hatte ja auch die Ja-Parole zur Einbürgerungsinitiative ausgegeben. Sind wir mal gespannt auf die Haltung der Zuger GLP zum neuen Steuergesetz (vgl. Seite 4).

Der hohe Ölpreis bewegt die Gemüter, nicht aber den Denkapparat unserer **Zuger Strassenturbos**. Strassen für 1,3 Milliarden Franken im kantonalen Richtplan sind nicht genug. Als nächstes soll nun noch der Hirzeltunnel kommen. Andernorts sind sie weiter – Zitat aus einem Leserbrief in der Neuen ZZ vom 6. Juni 2008: «Ärger beginnt mit ‚ä‘ wie: etwas ändern: Es ist Zeit, sich Gedanken zur eigenen Bewegungsfreiheit auf vier Pnens zu machen! Die Reduktion

der Autofahrten um 10 Prozent könnte leicht einen Gewinn an Lebensqualität bedeuten. (...) Es liegt an uns, jetzt die eigene Ernsthaftigkeit unter Beweis zu stellen, bevor uns ein noch viel happigerer Spritpreis dazu zwingen könnte!» Der Autor (Zuger Freisinnige, herhören!!): **Othmar Wüest, Geschäftsführer der FDP Kanton Luzern**.

Gespannt war man auf die Performance der **FDP-Kantonsratsfraktion** nach dem Abgang von **Andrea Hodel**. Die erste Wirkung des Hodel-Exits in der Sitzung vom 8. Mai: ein regelrechter Reden-Marathon des Stadtzuger FDP-ler **Rudolf Balsiger**, der schliesslich in einem Wortentzug per Mehrheitsentscheid des Rates bei

Traktandum 12 gipfelte. Fast die ganze FDP-Fraktion enthielt sich... Meinte ein Freisinniger nach der Sitzung: «Weisch, d'Andrea het de Balsiger immer zruugg bundä ghaa.»

In Zug hat die **SVP** den Posten des Friedensrichter-Stellvertreters als Objekt für Opposition entdeckt. Das Pflichtenheft des Friedensrichters ist der SVP entgangen: in Konflikten vermitteln. Nicht gerade die Kernkompetenz der Blocher-Jünger. Und dass der völlig unnötige Wahlgang die Steuerzahlenden in der Stadt Zug auch noch 40'000 Franken kostet, lässt die Obersparerer von der SVP kalt. ■



26

FLIZ-Programm im Kino  
Gotthard

**Montag, 30. Juni 2008,  
20:00 Uhr**



«**BIRD'S NEST – Herzog & de Meuron in China**» – von *Christoph Schaub / Michael Schindhelm*  
Bauen zwischen zwei Kulturen, zwei architektonischen, kulturellen und zwei politischen Systemen! Der Dokumentarfilm verfolgt verschiedene Projekte der Basler Architekten in China: das National-Stadion für die Olympischen Spiele 2008 und einen ganzen Stadtteil in der 3 Millionenstadt Jinhua für 300 000 Menschen. Der komplexe Entstehungsprozess mit der Methode des konzeptionellen Bauens! Und natürlich fragen sich alle nach der «Moral» der vielen internationalen Stararchitekten, die derzeit in Diktaturen bauen; wird doch von vielen angezweifelt, ob man da nicht ein Regime unterstützt, das lediglich seine Macht demonstrieren will. Die Basler Architekten sind da anderer Meinung, die man mit vielen Fragen und Antworten nachvollziehen kann. Ein spannendes Thema für die Filmdiskussion. Christoph Schaub ist anwesend!

**Montag, 14. Juli 2008,  
20:00 Uhr**



**URGA** – von *Nikita Machalkow (1991)*

Fast schon ein Klassiker, erzählt der Film die Geschichte des russischen Lastwagenfahrers Sergeij. Als sein LKW liegen bleibt, wird er von einer mongolischen Hirtenfamilie in der Steppe aufgenommen. Auch hier prallen zwei Kulturen aufeinander – die der archaischen Nomaden und der Industriegesellschaft. Und doch entsteht Freundschaft. Unübersehbar ist bereits die Zerstörung der unberührten Natur, die in unvergesslichen Bildern festgehalten ist. Wer erinnert sich nicht an die surrealen Szenen, als Gombo, der Nomade mit Fahrrad und TV, in der Jurte eintrifft... Bird's Nest und Urga – zwei gegensätzlichere Filme gibt es kaum. Doch es lohnt sich, beide Filme zu sehen. Ohne anwesenden Regisseur.

**Montag, 11. August 2008,  
20.00 Uhr**



**UNSER TÄGLICH BROT**  
– von *Nikolaus Geyrhalter*

Nach dem sehr beredten Film «We feed the world» nun ein kommentarloser Film als Querschnitt durch die Maschinerie der Lebensmittelproduktion. Er zeigt, wie geboren, gestorben, zerlegt und verpackt, produziert und gegessen wird. Der mit bis jetzt zehn internationalen Preisen ausgezeichnete Film ist wieder von typischer Geyrhalter-Qualität! In Zug kennen wir schon «Pripyat» und «Elsewhere» (mit seiner Anwesenheit!). Das Bildermahl

in Breitwandformat könnte auch zu einer sommerlichen Fastenzeit anregen...

Noch nicht ganz fix im September:  
**DON'T GET ME WRONG**  
– von *Adina-Elena Pintilie / Rumänien*.  
Eine Dokumentation aus dem Alltag geistig behinderter Menschen, die ausschliesslich aus ihrer eigenen Perspektive festgehalten ist! (Mit Simultanübersetzung, Kongressequipment). ■



Werbung fürs Bulletin

### NeuabonnentInnen gewinnen!

Interessieren sich Ihre Kolleginnen und Kollegen, Freundinnen und Freunde für Politik, für Zug, für eine gerechte Welt? Dann ist das BULLETIN die passende Zeitschrift!

Für jedes bezahlte Neuabo laden wir Sie zu einem Nachtessen in die alternative Monatsbar ein.

Auf bald!

Die HerausgeberInnen des BULLETINS.

Schicken Sie die Adresse fürs Abo bitte an: [bulletin@ch.inter.net](mailto:bulletin@ch.inter.net)



**MO, 23. Juni: Vorbereitung Gemeindeversammlung, Krifo Alternative Cham**  
19:00 Uhr, Lorzensaal Cham

**MO, 30. Juni: Gemeindeversammlung Cham**  
19:30 Uhr, Lorzensaal Cham

**MI, 2. Juli: Alternative Monatsbar**  
18:30 Uhr, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug, Mit Köchinnen und Köchen der Freien Wähler Menzingen

**SA, 5. Juli: Stamm, Krifo Alternative Cham**  
08:30 Uhr, Restaurant Milchsüdi, Cham

**SO, 10. August: Lorzen-spaziergang, Alternative Baar**  
Besammlung um 10.00 Uhr auf dem Parkplatz der alten Spinnerei auf der Lorzenenseite. Auf diesem Spaziergang entlang dem Lorzentobel werden wir auf leicht verständliche Art, das heisst auch für Kinder geeignet, verschiedene Umweltthemen präsentieren.

**SA, 16. August: Risch-Rotkreuz 4you, Gleis 3 Risch/Rotkreuz**  
09:00 bis ca. 15:00 Uhr, Rischertag mit Sporthallen-Einweihung, Stand von Gleis 3

**DO, 28. August: Nachhaltigkeit, Alternative Kanton Zug**  
Vortrag mit ETH-Professor Hans Würzler : Wirtschaft und Nachhaltigkeit – ein Widerspruch? Zeit und Ort werden auf der homepage [www.alternative-zug.ch](http://www.alternative-zug.ch) bekannt gegeben.

**MI, 3. September: Alternative Monatsbar**  
18:30 Uhr, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug, Mit Köchinnen und Köchen der Alternative Stadt Zug

**SA, 6. September: Stamm, Krifo Alternative Cham**  
08:30 Uhr, Restaurant Milchsüdi, Cham

**MI, 1. Oktober: Alternative Monatsbar**  
18:30 Uhr, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug, Mit Köchinnen und Köchen der Alternative Baar



Die Alternativen im Kanton Zug

**Alternative Kanton Zug**  
Postfach 4806, 6304 Zug  
041 711 99 09  
[www.alternative-zug.ch](http://www.alternative-zug.ch)  
[info@alternative-zug.ch](mailto:info@alternative-zug.ch)  
**Öffnungszeiten Büro Alternative Kanton Zug:**  
MO, 14:00 - 18:00 Uhr  
DO, 10:00 - 14:00 Uhr

**Forum Oberägeri**  
Andreas Kuhn,  
Lutisbachweg 9  
6315 Oberägeri  
[www.forum-oberaegeri.ch](http://www.forum-oberaegeri.ch)  
[forum-oberaegeri@my-mail.ch](mailto:forum-oberaegeri@my-mail.ch)

**Freie Wähler Menzingen**  
Pia Rhyner, Präsidentin,  
Eustr. 16, 6313 Menzingen, Postfach 112, 6313 Menzingen  
[www.fw-menzingen.ch](http://www.fw-menzingen.ch)  
[pia@fw-menzingen.ch](mailto:pia@fw-menzingen.ch)

**Frische Brise Alternative Steinhausen**  
Postfach 123  
6312 Steinhausen  
[www.frischebrise.ch](http://www.frischebrise.ch)  
[studerus@datazug.ch](mailto:studerus@datazug.ch)

**Gleis 3 Risch-Rotkreuz**  
Hanni Schriber,  
Unterer Haldenweg 5  
6343 Rotkreuz  
[www.gleis3.ch](http://www.gleis3.ch)  
[hannischriber@gmx.ch](mailto:hannischriber@gmx.ch)

**Krifo Alternative Cham**  
Esther Haas, Sonneggstrasse 11, 6330 Cham  
[haas-pousaz@gmx.ch](mailto:haas-pousaz@gmx.ch)

**Alternative Stadt Zug**  
Postfach 4805, 6304 Zug  
[www.alternative-stadt.ch](http://www.alternative-stadt.ch)  
[info@alternative-stadt.ch](mailto:info@alternative-stadt.ch)

**Alternative Baar**  
Postfach, 6340 Baar  
[www.alternative-baar.ch](http://www.alternative-baar.ch)  
[info@alternative-baar.ch](mailto:info@alternative-baar.ch)

**Alternative Fraktion im Kantonsrat**  
[www.alternativefraktion.ch](http://www.alternativefraktion.ch)



Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der Autorinnen und Autoren.

**Bulletin Nr. 2, Juni 2008, erscheint 4x jährlich.**  
*Herausgeber:* Verein DAS BULLETIN  
*Adresse:* BULLETIN Alternative Kanton Zug, Postfach 4806, 6304 Zug, Mail: [bulletin@ch.inter.net](mailto:bulletin@ch.inter.net)  
*Redaktion:* Philipp Bischof, Natalie Chiodi, Hansjörg Glauser, Philippe Koch, Adelina Odermatt (Fotos), Martin Stuber  
*Produktion:* Fabian Ryan, Stefan Gisler  
*Gestaltungskonzept:* S.H.E.D.  
*Belichtung und Druck:* DMG Zug – Gedruckt auf Cyclus Print (100% Recycle Papier)  
*Nutzaufgabe:* 1150 Exemplare  
*WEMF-bestätigte Auflage:* 1025 Exemplare  
*Abonnement:* Fr. 25.-; KleinverdienerInnen Fr. 10.-, Unterstützungsabo: Fr. 50.- Mitgliederbeitrag Verein DAS BULLETIN: Fr. 100.-  
*Einzahlungen:* Verein DAS BULLETIN, 6304 Zug, PC 60-30584-6

*Redaktionsschluss Nr. 3/2008:* Fr. 5. September 2008; Erscheinungsdatum: Do, 18. September 2008

«DAS BULLETIN» auf dem Internet unter [www.bulletin-zug.ch](http://www.bulletin-zug.ch)

AZB 6304 ZUG

Adressberichtigungen melden:  
Alternative Kanton Zug,  
Postfach 4806, 6304 Zug

